

INITIATIVE EXPRESS

Neuer Themenschwerpunkt der INSM

Einstieg in Arbeit – niemand soll ohne Beschäftigungschance bleiben

Einstieg in Arbeit



Köln. – „Einstieg in Arbeit“ – unter dieser Schlagzeile engagiert sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft dafür, dass möglichst viele Menschen eine Beschäftigungschance bekommen. Zigtausende stehen aktuell immer noch hohen Jobhürden gegenüber. Bildungsdefizite, Bürokratie, hohe Lohnzusatzkosten – all das hindert sie daran, durch eigene Arbeit, Initiative und Leistung beruflich erfolgreich zu sein. Gemeinsam mit der INSM machen sich zahlreiche Prominente dafür stark, dass mehr Menschen den Einstieg in Arbeit schaffen und damit Chancen auf beruflichen und sozialen Aufstieg gewinnen. Mit dabei sind unter anderem „Kochprofi“ Ralf Zacherl sowie der Showmaster Dieter Thomas Heck, die Olympiasiegerin Ulrike Nasse-Meyfarth, der Schauspieler Ralf Möller („Gladiator“) und Fußballnationalspieler Christoph Metzelder. Aktuell hat sich auch Jörg Kachelmann in Sachen Einstieg zu Wort gemeldet.

Stellvertretend für zahlreiche andere prominente Stimmen hier zwei Statements zur INSM-Kampagne Einstieg in Arbeit: „Für junge Menschen ist es sehr wichtig, eine Perspektive im Leben zu haben. Deshalb ist es auch so entscheidend, sie beim Ersteinstieg in den Beruf zu unterstützen. Denn nur wer den Einstieg schafft, kann auch ➤



Prominente Unterstützer der Kampagne: Ralf Zacherl, Dieter Thomas Heck, Ralf Möller und Christoph Metzelder.

Editorial

Einstieg in Arbeit – es geht um neue Chancen für alle!

Chancen für alle, das war das Leitmotiv, mit dem die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) im Herbst 2000 in die Öffentlichkeit getreten ist. Fast acht Jahre danach legt sie im April eine neue Kampagne auf, die inhaltlich an das Einstiegsmotto der INSM anknüpft: Einstieg in Arbeit. Mit Aktionen, Podiumsgesprächen und einer eigenen Webseite werben wir dafür, dass möglichst viele Menschen eine neue Beschäftigungschance finden. All zu viele sind derzeit noch vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Sie stehen hohen Hürden gegenüber. Dazu gehört beispielsweise eine staatliche Bürokratie, die Unternehmen daran hindert, neue Jobs einzurichten. Dazu gehören auch Bildungsdefizite, die sich vielfach über Generationen hinweg vererben. Solche Beschäftigungshürden müssen fallen.

Jüngst schaltete sich auch Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Debatte um einen besseren Einstieg in Arbeit ein. „Wir müssen allen einen Einstieg ermöglichen und einen Aufstieg erleichtern“, sagte sie am 12. Juni in ihrer Rede zum 60. Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft. Damit knüpfte sie an ein Statement von INSM-Botschaf-

ter Roland Berger zur INSM-Kampagne Einstieg in Arbeit an. „Sozial ist, was Arbeit schafft. Denn nur so finden Menschen neue Chancen für beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg.“ Und eine der zentralen Bedingungen dafür, das machte auch die Kanzlerin deutlich, ist Bildung. „Wohlstand für alle heißt heute: Bildung für alle“, sagte sie am 12. Juni und bezog sich damit auf den Slogan, mit dem Ludwig Erhard die Menschen in der Nachkriegs-Bundesrepublik für die Soziale Marktwirtschaft gewann. Die INSM arbeitet seit langem mit zahlreichen Studien für eine bessere Bildung. Jüngstes Beispiel dafür ist die Studie Politik-Check Schule, die dieser Newsletter vorstellt.

Es geht der INSM seit jeher um Chancen für alle. Dazu gehört elementar die Chance zum Einstieg in Arbeit, die wiederum die Basis für den Aufstieg bildet. Einstieg und Aufstieg, das ist das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung. Wohlstand für alle muss aber immer wieder gegen neue Hürden erkämpft werden.

Herzlichst

Max A. Höfer

Dieter Rath

INITIATIVE EXPRESS

aufsteigen. Mit einem festen Glauben an sich selbst und genügend Durchhaltevermögen kann man jede Hürde meistern“, meint Schauspieler Ralf Möller. „Bildung und Ausbildung sind wichtige Faktoren für die Integration und für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben“, ist Fußballer Christoph Metzelder überzeugt.

Dass das Einstiegs-Thema der INSM auch in der Politik Raum greift, machte eine Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft deutlich. „Wir müssen allen einen Einstieg ermöglichen und einen Aufstieg erleichtern. Das zu schaffen, das hat unser Land nach 1948 stark gemacht. Das brauchen wir auch für die Zukunft.“ Lesen Sie auf den folgenden Seiten mehr über die Rede der Bundeskanzlerin.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft begleitet die Kampagne mit Aktionen, Podiumsgesprächen, Studien und einem umfassenden Webauftritt: www.einstieg-in-arbeit.de. Hier finden Sie umfassende Informationen über die aktuellen Beschäftigungs- und Einstiegs-hürden, aber auch Empfehlungen von Experten, was geschehen sollte, damit mehr Menschen Arbeit finden können. Die Webseite stellt zudem Beispiele von Menschen vor, die durch Energie und Eigeninitiative den Einstieg in eine Beschäftigung geschafft haben.



Webseite Einstieg-in-Arbeit.de: Unter anderem wirbt hier die Friseurin Ellen Kästner für bessere Jobchancen.

Einstieg in Arbeit 1:

Mit Hürden vor dem Reichstag und mit guten Argumenten für neue Arbeitsplätze im Netz

Berlin. – Doppel-Olympiasiegerin Ulrike Nasse-Meyfarth verblüffte am 28. April Journalisten und Politiker mit einem Auftritt vor dem Berliner Reichstag. Die Sportlerin und INSM-Unterstützerin betei-



INSM-Aktion mit Ulrike Nasse-Meyfarth vor dem Reichstag.

ligte sich an einer öffentlichen Aktion für neue Beschäftigungschancen. Zur Tagung des Koalitionsausschusses hatte die INSM fünf Hürden im blauen Corporate Design der Initiative errichten lassen. Jede war beschriftet – mit den Worten „Bildungsdefizite“, „Bürokratie“, „Kündigungsschutz“, „Lohnzusatzkosten“ und „Mindestlohn“. Dies sind die von der INSM identifizierten Hauptbeschäftigungshürden in Deutschland. Nasse-Meyfarth gab dazu folgende Erklärung ab: „Bei einem Hürdenlauf sind die Hürden so ausgelegt, dass sie überwindbar bleiben. Dies ist auf dem Arbeitsmarkt nicht der Fall. Viele Bewerber stehen hohen Einstiegsbarrieren gegenüber. Das hindert sie daran, überhaupt in den Wettbewerb einzutreten.“ Mit Fairness, so Sportlerin Nasse-Meyfarth, habe das nichts zu tun.

Die Aktion markierte den Auftakt einer langfristig angelegten Kampagne für neue Beschäftigungschancen in Deutschland. Zeitgleich ging die Webseite www.einstieg-in-arbeit.de ans Netz. Sie dokumentiert alle mit dem Einstiegs-Projekt der Initiative verbundenen Argumente, Fakten, Nachrichten.

Ausführlich werden hier im Navigationspunkt „Weg mit den Hürden“ alle wesentlichen Beschäftigungshindernisse in Deutschland thematisiert. Gleichzeitig zeigt das Portal Alternativen auf, wie Abhilfe und Besserung zu erreichen sind.

Zur Hürde „Bildungsdefizite“ heißt es hier: „Die Zahl der Schulabbrecher und Abgänger ohne Abschluss ist vor allem an Hauptschulen zu hoch. Hier muss sich etwas ändern, damit Menschen besser gebildet werden und später erfolgreicher im Beruf sein können. Optimale Förderung gerade von Kindern aus sozial schwächeren Schichten muss bereits im Kindergartenalter beginnen.“

Zur Hürde „Bürokratie“ wird ausgeführt, dass eine Lichtung des Paragrafendschungels die Chance auf „eine halbe Million neue Jobs“ >

INITIATIVE EXPRESS

bringen kann. Diese Aussage stützt sich auf die Expertise von Wissenschaftlern wie Holger Schäfer, Arbeitsmarktexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft, dessen Statements als Internet-Videos abrufbar sind.

Zur Hürde eines überzogenen Kündigungsschutzes werden Studien der OECD zitiert. Diese belegen, dass die „Arbeitsmarktregulierung in Deutschland wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze“ behindern. Eine „Reform des Kündigungsschutzes senkt die Einstellungsschwelle bei den Unternehmen. Das ist im Interesse von Millionen Arbeitslosen“, heißt es im Fazit des Textes.

Zur Hürde Lohnzusatzkosten argumentiert www.einstieg-in-arbeit.de, dass Unternehmen nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes innerhalb Europas nur in Belgien, Schweden und Dänemark mehr Steuern und Abgaben für einen Arbeitgeber in der Industrie zahlen müssen. Fazit: „Die Lohnzusatzkosten müssen sinken, damit Deutschland im internationalen Vergleich der Personalkosten punkten kann. Das kann gerade bei einfachen, geringer entlohnten Tätigkeiten einen Beschäftigungsschub bringen.“

Als fünfte Hürde wird der geplante gesetzliche Mindestlohn thematisiert. Die Befürworter streben eine Lohnuntergrenze von 7,50 Euro an. Doch was sie nicht auf der Rechnung haben: „Ein Mindestlohn macht alle Menschen, deren Produktivität geringer ist als der angestrebte Mindestlohn von 7,50 Euro, auf Dauer arbeitslos. Denn kein Unternehmen wird sie beschäftigen, wenn sie weniger erwirtschaften.“

In diese Debatte schaltete sich wiederholt auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel ein. Am 23. Juli formulierte sie vor der Berliner Presse einen Satz, der sinngemäß so auch auf www.einstieg-in-arbeit.de zu finden ist. „Wir sind der Meinung, dass ein einheitlicher, flächendeckender Mindestlohn zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen würde.“ „Ein flächendeckender einheitlicher Mindestlohn ist wie eine Barrikade rund um den Arbeitsmarkt“, hatte Merkel bereits am 12. Juni in ihrer Rede zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft erklärt. Initiative Express dokumentiert auf Seite 5 Auszüge dieser Rede, die sich über weite Passagen auch dem Thema „Einstieg in Arbeit“ widmet, das die INSM Ende April in den Mittelpunkt ihrer Kampagne gestellt hatte.

Merkel weiß sich in ihrer Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohnes einig mit renommierten Experten, die auch auf www.einstieg-in-arbeit.de vertreten sind. Dazu gehören der Linzer Professor Friedrich Schneider und der frühere Vorsitzende der Wirtschaftsweisen,

Professor Juergen B. Donges. Schneider fürchtet, dass ein Mindestlohn „zu einer massiven Ausweitung der Schwarzarbeit führen“ wird. Donges fordert, dass die Pläne für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen „ad acta“ gelegt werden. Es sei „unverantwortlich, wenn unter dem Etikett der sozialen Gerechtigkeit vielen Jugendlichen bereits die erste berufliche Chance verweigert wird“.

„Es ist sehr wichtig, dass jeder eine Chance bekommt, sein Talent zu entdecken und den Einstieg in Arbeit zu bekommen“, sagt Ralf Zacherl, einer der TV-bekanntesten „Kochprofis“, der sich ebenfalls mit einem Statement in die Kampagne eingeschaltet hat.

Auf Umwegen ist der Showmaster und TV-Moderator Dieter Thomas Heck in seine Entertainer-Karriere eingestiegen. Zunächst absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung. „Ich wollte mich danach unbedingt vor Kamera und Mikrophon beweisen und bekam die Chance.“ Heck unterstützt die INSM-Kampagne, „damit mehr Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten“.

Event zur Kampagne

INSM-Schiffstour für einen besseren Einstieg

Drei Tage lang zeigte die INSM Mitte Juni bei einer weiteren Aktion Flagge für einen besseren Einstieg in Arbeit im Berliner Regierungsviertel. Sie hatte einen Ausflugsdampfer gechartert und kreuzte auf der Spree, während an Deck prominent besetzte Podien verschiedene Facetten des Themas beleuchteten. Mit im Boot waren unter anderem OECD-PISA-Experte Andreas Schleicher, Dr. Bernhard Bueb, früherer Schulleiter der Schule Schloss Salem, der Schattenwirtschaftsexperte Professor Friedrich Schneider, ELTERN- >



Für die INSM auf großer Fahrt: die "Spree Comtesse".

INITIATIVE EXPRESS

Chefredakteurin Marie-Luise Lewicki und die Moderatorin Barbara Eligmann.

Am 16. Juni diskutierte man über Bildungsdefizite und Wege aus dem Dilemma der Bildungsarmut, tags darauf über den umstrittenen Mindestlohn. Am 18. Juni schließlich ging es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Markante Stimmen aus den Diskussionspodien:

> INSM-Schiffstour, Tag 1:

„Das deutsche Bildungssystem verliert den Anschluss“, warnte Andreas Schleicher, Leiter des deutschen Teils der PISA-Studie.



Andreas Schleicher und Axel Plünnecke

„Die frühkindliche Bildung ist das beste Mittel, um die Bildungsmisere in bildungsärmeren Schichten zu überwinden“, sagte Dr. Axel Plünnecke, Bildungsexperte des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

> INSM-Schiffstour, Tag 2:

„Ein gesetzlicher Mindestlohn ist unsozial und grenzt Menschen aus. Er vernichtet vorhandene Jobs und verhindert Investitionen in Arbeit“, gab Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, zu bedenken.



Reinhard Göhner (rechts) mit Rudolf Pfeiffer, Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste.

„Wer gegen den Mindestlohn votiert, votiert für das weitere Sinken der Bezüge in den untersten Lohngruppen“, hielt der frühere Staatssekretär unter Finanzminister Oskar Lafontaine, Heiner Flassbeck, dagegen.



Das Publikum an Bord verfolgte interessiert die Podiumsdiskussionen.

„Ein Mindestlohn von 7,50 Euro kann die Umsätze in der Schattenwirtschaft um 7 Prozent steigen lassen“, konterte Schwarzarbeits-experte Professor Friedrich Schneider von der Universität Linz.

> INSM-Schiffstour, Tag 3:

„Kinder dürfen natürlich keine Karrierebremsen sein. Hier sind alle gefordert: Politik, Gesellschaft sowie Arbeitnehmer und Arbeitgeber“, sagte Dr. Jürgen Wuttke, Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

„Väter müssen sich klar machen, dass sie heute weniger als Ernährer, sondern mehr als Erzieher gefragt sind“ – dieses Zitat stammt von ELTERN-Chefredakteurin Marie-Luise Lewicki.



Jürgen Wuttke und Marie-Luise Lewicki

Ausführliche Informationen zum Diskussionsverlauf finden Sie hier: <http://www.einstieg-in-arbeit.de/content/67978>

Konfrontation auf hoher Spree

Die INSM-Kreuzfahrt für bessere Beschäftigungschancen animierte den Deutschen Gewerkschaftsbund seinerseits zu einer maritimen Demonstration. Am Tag 2 der INSM-Aktion kam es zur Konfrontation auf hoher Spree. Der vom DGB gecharterte Dampfer „Luna“ mit einem Transparent „Deutschland braucht den Mindestlohn“ kreuzte den Weg der von der INSM gebuchten „Spree Comtesse“. Das Nachrichtenmagazin Focus animierte diese Begegnung in seiner Ausgabe vom 21. Juli zu folgenden Zeilen:

„Die Berliner Schlacht um den Mindestlohn schlug auch auf der Spree Wellen. Als der DGB spitzkriegte, dass die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ein Schiff für Diskussionsveranstaltungen gechartert hatte, kreuzte er mit eigenem Durchhaltedampfer in feindlichem Gewässer auf. An Bord: hochrangiges Propagandapersonal der SPD. Lässig lehnte Bundesarbeitsminister Olaf Scholz an der Heckreling und hielt einen Kaffeebecher mit Mindestlohn-Werbung in die Kameras. Im Unterdeck gab SPD-Vize Andrea Nahles Interviews zum selben Thema. Von Bord ging die Parteilinke mit dem Ruf: ‚Der Kampf geht weiter!‘ Vor allem der Krampf geht weiter, so Focus.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wird die Debatte um den Einstieg in Arbeit und neue Chancen für alle weiterhin mit konstruktiven Argumenten und Vorschlägen, mit Fakten und guten Argumenten begleiten. >

INITIATIVE EXPRESS

Mehr zum Thema finden Sie auf www.einstieg-in-arbeit.de sowie weitere Experten und Prominente, die sich zu diesem Schwerpunktthema äußern: www.einstieg-in-arbeit.de/content/66756

Dokumentiert: Angela Merkel – Zitate aus ihrer Rede zum 60. Jahrestag der Sozialen Marktwirtschaft

„Wir müssen allen einen Einstieg ermöglichen und einen Aufstieg erleichtern“

Berlin. – Seit jeher macht sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) energisch für einen besseren Einstieg in Arbeit statt. Dies sei, so INSM-Botschafter Roland Berger, die Voraussetzung „für beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg“. Dass dieser Zusammenhang auch vielen Verantwortlichen in der Politik bewusst ist, machte die Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Festveranstaltung „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in Berlin deutlich. Kanzlerinnen-Zitate:

„... gerade eine Festveranstaltung wie die heutige zu 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft bietet die Chance, über all diese Aufgaben hinaus zu schauen, den Blick auf das Eine zu lenken, was aus meiner Sicht das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft vor 60 Jahren war und was das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft auch in den kommenden 60 Jahren sein sollte.

Es ist ... das Thema Einstieg und Aufstieg. Es ermöglicht dem Menschen, die Kraft der Freiheit auch zu leben.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wettbewerb als zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft kann nur überzeugen, wenn unsere Gesellschaft Einstieg und Aufstieg möglich macht, wenn sie also – mit einem Wort – durchlässig ist. ...

Dazu müssen wir die Talente von allen Menschen bei uns fördern. Wir müssen allen einen Einstieg ermöglichen und einen Aufstieg erleichtern. Das zu schaffen, das hat unser Land nach 1948 stark gemacht. Das brauchen wir auch für die Zukunft. Das belebt unser Land ...

Aus der Erfahrung der letzten Jahre wissen wir: Das Aufstocken bringt Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit. Wenn wir dagegen flächendeckend Mindestlöhne einführen, gefährdeten wir Hunderttausende Arbeitsplätze. Vor allem aber erschweren wir den Einstieg. Ein flächendeckender einheitlicher Mindestlohn ist wie eine Barrikade rund um den Arbeitsmarkt.



Angela Merkel bei ihrer Rede zum 60. Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft.

Deshalb müssen wir mit den Löhnen intelligent umgehen, damit möglichst jeder einen Einstieg in Arbeit findet und damit einen Einstieg in den Aufstieg. ...

Und so führen uns diese Überlegungen zu dem für Einstieg und Aufstieg entscheidenden, dem zentralen Stichwort unserer Zeit: Bildung!

Ich sage es in einem Satz: Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden. ...

Ludwig Erhards große Verheißung in schwierigsten Zeiten hieß: Wohlstand für alle. (...)

Unseren so umfassend verstandenen Wohlstand weiter sichern zu wollen, den materiellen wie den immateriellen – das heißt dann heute: Bildung für alle.

Oder noch klarer: Wohlstand für alle heißt heute: Bildung für alle.

Bildung für alle – das schafft die Voraussetzungen dafür, dass jeder seine Chancen nutzen kann, unabhängig von der sozialen Lebenssituation seiner Eltern ...

Einstieg in Arbeit 2

Wissenschaftler-Disput: Hüther und Blankart vs. Horn und Bofinger: Was bringt wirklich mehr Jobs?

Berlin. – Auf Vermittlung der INSM trafen die angebotsorientierten Ökonomie-Professoren Michael Hüther und Charles Blankart im Haus des Axel-Springer-Verlages mit ihren nachfrageorientierten Kollegen Peter Bofinger und Gustav Horn zusammen. Die Welt am Sonntag druckte am 11. Mai Auszüge dieses Streitgesprächs rund um die Frage, wie mehr Beschäftigung in Deutschland realisiert werden >

INITIATIVE EXPRESS



Professoren-Disput im Axel-Springer-Haus: Die Ökonomen Charles Blankart, Michael Hüther, Gustav Horn und Peter Bofinger im Gespräch (von links).

kann. Professor Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), bezeichnete in diesem wissenschaftlichen Disput den Niedriglohnssektor als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Zitat: „Wir beobachten ein Wachstum des Niedriglohnssektors. Aber heißt das, dass die Aufwärtsmobilität gar nicht mehr funktioniert? Nein, denn wenn jemand nach längerer Arbeitslosigkeit zunächst einen Niedriglohnjob aufnimmt, dann steigt die Chance, über kurz oder lang einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu bekommen. Mit dem Niedriglohnssektor haben wir also Brücken gebaut.“

Zuvor hatte Gustav Horn, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung, die These vertreten, dass „trotz des Aufschwungs die privaten Haushalte in ihrer Gesamtheit ärmer geworden“ seien. Horn vertrat auch die Auffassung, dass der von Gewerkschaftsseite vertretene Mindestlohn „eine Besteuerung von Exzessgewinnen“ sei.



Engagiert vertrat IW-Direktor Hüther seinen Standpunkt.

Dem hielt IW-Direktor Hüther entgegen: „Wir machen also die Münchhausen-Lösung: Wir verteilen Geschenke, und keiner muss dafür bezahlen. Glauben Sie mir: Viele bisher Beschäftigte werden ihren Job verlieren.“ Bereits jetzt habe der Post-Mindestlohn von 9,80 Euro „unbestritten knapp 6000 Arbeitsplätze gekostet“.

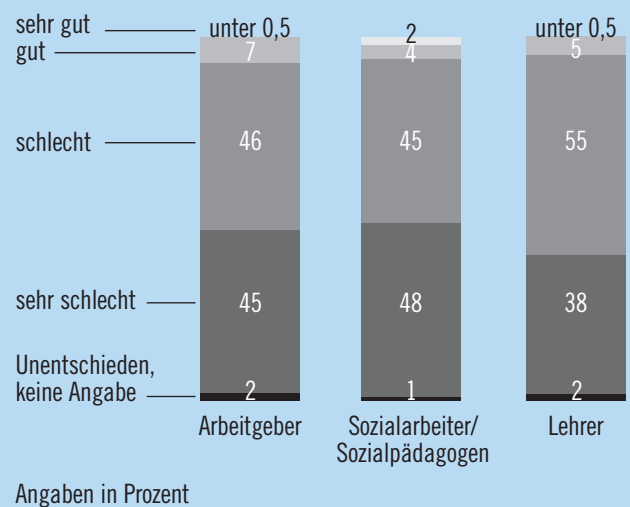
Den kompletten Wortlaut des von der Welt am Sonntag dokumentierten Streitgespräches lesen Sie hier: www.einstieg-in-arbeit.de/content/66813

Einstieg in Arbeit 3

Allensbach-Umfrage zur Lage gering qualifizierter Jugendlicher: Lehrer, Unternehmer und Sozialarbeiter fordern bessere Bildung

Berlin. – Was muss geschehen, damit auch geringer qualifizierte Jugendliche den Einstieg in Arbeit schaffen, und was hindert sie bislang daran. Dazu befragte das Allensbach-Institut im Auftrag der INSM sowohl Lehrer als auch Sozialarbeiter und Unternehmer. INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer stellte die Umfrage am 4. Juni gemeinsam mit Allensbach-Projektleiter Dr. Rüdiger Schulz vor.

Es schätzen die Chancen für gering qualifizierte Jugendliche mit schlechtem oder gar keinem Hauptschulabschluss, hier in der Region einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen, ein als



Quelle: Allensbach-Umfrage im Auftrag der INSM. April/Mai 2008

Arbeitgeber, Sozialarbeiter und Lehrer waren sich weitgehend einig, worin die Ursachen für die Beschäftigungsprobleme arbeitsloser Jugendlicher liegen, so eine Allensbach-Umfrage im Auftrag der INSM.

Arbeitgeber (89 Prozent), Sozialarbeiter (75 Prozent) und Lehrer (71 Prozent) meinen mit großer Übereinstimmung, dass die jungen Leute schulisch besser qualifiziert werden müssen. Weitere in der INSM-Allensbach-Umfrage ermittelten Einstiegshürden gering qualifizierter Jugendlicher:

92 Prozent der befragten Unternehmer beklagen Probleme beim Rechnen und Schreiben. Drei Viertel der Umfrageteilnehmer vermissen bei den betroffenen Jugendlichen Leistungsbereitschaft, sie bemängeln Unpünktlichkeit und fehlendes Bewusstsein für Regeln.

INITIATIVE EXPRESS

Lehrer (85 Prozent) und Sozialarbeiter (89 Prozent) beklagen dagegen die niedrige Frustrationsschwelle gering qualifizierter Jugendlicher als Haupthindernis für eine Lehrstelle oder einen Job.

Als Konsequenz aus den Ergebnissen der Allensbach-Umfrage forderte INSM-Geschäftsführer Höfer eine „langfristige Qualifizierungsoffensive“ und Kombilöhne, damit auch geringer qualifizierte junge Leute mehr Motivation und Fähigkeit erhalten, den Einstieg in Arbeit zu schaffen. Perspektiven hätten sie vor allem in kleineren Unternehmen.

Die INSM-Umfrage löste bundesweit Medienreaktionen aus. „Mangelnde Kenntnisse, unzuverlässig, unpünktlich“, titelte die **Frankfurter Allgemeine Zeitung**. Artikel-Zitat: „Die Chancen für gering qualifizierte Jugendliche am Arbeitsmarkt sind trotz des günstigen konjunkturellen Umfelds immer noch schlecht.“

Ein zentrales Ergebnis dieser Umfrage fasste die **Nordseezeitung** in ihrer Schlagzeile zusammen: „Keine Chance für die Unzuverlässigen – Gering qualifizierte Jugendliche ohne Aussicht auf Arbeit und Ausbildung“. Artikel-Zitat: „Die Einschätzungen in allen drei Gruppen seien erstaunlich übereinstimmend gewesen, sagte der Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Max Höfer. 91 Prozent der Arbeitgeber bezeichneten die Chancen als schlecht oder sehr schlecht, dass Jugendliche mit einem schlechten oder ohne einen Hauptschulabschluss einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen. Bei den Sozialarbeitern und Lehrern waren es 93 Prozent.“

Die **Evangelische Nachrichtenagentur epd** schrieb: „Fehlendes Bewusstsein für Regeln und Vorschriften, geringes Durchhaltevermögen sowie eine Geringschätzung des Berufes wurden den Jugendlichen häufig attestiert. 79 Prozent der Arbeitgeber meinten, diesen Jugendlichen komme es vor allem darauf an, dass die Arbeit Spaß mache und der Arbeitsplatz gut erreichbar sei.“

„Gering qualifizierte Jugendliche haben offenbar nur selten Interesse daran, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen“ – so resümiert die **Nachrichtenagentur ddp** das Umfrage-Ergebnis. Der Agenturbericht belegt auch, dass bundesweit über Abhilfe aus dieser Problematik nachgedacht wird. Zitat: „In einem bislang unveröffentlichten Gutachten, aus dem die Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ am Mittwoch vorab zitierte, schlugen Bildungsforscher den Kultusministern vor, leistungsschwachen Schülern auch an Nachmittagen, Wochenenden und in den Ferien Unterricht zu geben.“

Die **Boulevard-Zeitung 20 Cent** brachte das Umfrageergebnis im Telegramm-Stil auf den Punkt: „Gute Jobs gibt es nur für Motivierte“.

Mehr zur INSM-Allensbach-Umfrage erfahren Sie hier. www.einstieg-in-arbeit.de/content/67303

Einstieg in Arbeit 4

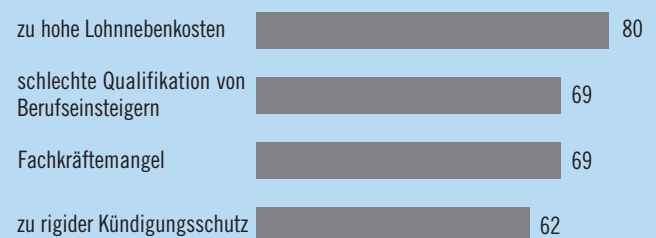
TNS emnid-Umfrage: Was sind die wahren Ursachen für Beschäftigungsprobleme in Deutschland?

Berlin. – Hohe Lohnzusatzkosten sind eine Haupteinstiegschürde auf dem Arbeitsmarkt. Das ist einer breiten Mehrheit der Bürger bewusst – und dabei macht es kaum einen Unterschied, ob Unternehmer separat befragt werden, die zu 80 Prozent diesen Standpunkt vertreten, oder die Bevölkerung insgesamt, die zu 73 Prozent dieser Meinung ist. Überraschend einig sind sich Chefs und alle >

Welche Hemmnisse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Ihrem Unternehmen gibt es?

Stichprobe: Unternehmen

(Übersicht: Anteile „trifft sehr zu/trifft eher zu“)



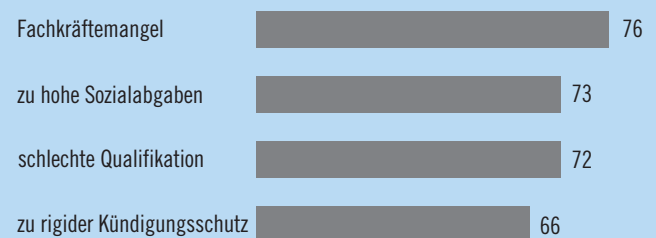
Angaben in Prozent

Quelle: TNS emnid

Welche Hemmnisse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt es?

Stichprobe: Bevölkerung

(Übersicht: Anteile „trifft sehr zu/trifft eher zu“)



Angaben in Prozent

Quelle: TNS emnid

Hohe Lohnnebenkosten und schlechte Qualifikation von Berufseinsteigern sind Haupt-Jobhemmnisse. Darin sind sich Unternehmer und Bevölkerung einig, so eine TNS emnid-Umfrage für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

INITIATIVE EXPRESS



Gemeinsam mit Klaus-Peter Schöppner stellte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer die Ergebnisse der Umfrage vor.

Bürger auch, wenn es um weitere Jobhürden geht: Genannt werden hier Qualifikationsmängel bei Berufseinsteigern, der Fachkräftemangel und der rigide Kündigungsschutz.

Dies sind Ergebnisse einer repräsentativen TNS emnid-Umfrage im Auftrag der INSM, die emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner und INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer am 29. Mai in Berlin vorstellten.

Weitere Resultate der INSM-Umfrage: 42 Prozent aller Befragten in der Bevölkerung glauben, dass ein Kombilohn mehr Arbeitsplätze schafft. Rund ein Drittel der Befragten in der Bevölkerung (31 Prozent) glaubt, dass ein Mindestlohn Jobs kostet. Lediglich 21 Prozent meinen, dass ein Mindestlohn neue Jobs bringen kann.

INSM-Geschäftsführer Höfer forderte die Koalition in Berlin auf, „den Weg in den Arbeitsmarkt freizumachen“, statt „neue Hürden aufzubauen, wie dies beim Mindestlohn der Fall ist“.

„Dämpfer für den Job-Boom“, überschrieb anderntags die **Süddeutsche Zeitung** einen Artikel über neue Arbeitsmarktzahlen der Bundesagentur für Arbeit. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war im Mai nicht so stark gesunken, wie Experten erwartet hatten. In diesem Zusammenhang zitierte die Süddeutsche die INSM-Umfrage wie folgt: „Wie eine Umfrage des Marktforschungsinstituts TNS Emnid ergab, sehen Unternehmen und Beschäftigte zu hohe Lohnnebenkosten als wichtigstes Hemmnis für die Schaffung von neuen Jobs. ... Laut der Umfrage meinen 54 Prozent der Bevölkerung, dass eine Senkung der Sozialabgaben ganz sicher neue Stellen schaffen würde.“

Hier finden Sie alle Ergebnisse der INSM-TNS emnid-Umfrage:
www.insm-tagebuch.de/wpcontent/uploads/2008/05/prasentation_abgabenkeil_pk_29052008.ppt

Einstieg in Arbeit 5

ifo-emnid-Studie: Höhere Preise durch Mindestlohn? Nein danke!

Nach Einschätzung von Experten könnte ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde Waren und Dienstleistungen bis zu 40 Prozent verteuern. Das fänden viele Deutsche problematisch, obwohl sie grundsätzlich mehrheitlich für eine staatlich festgelegte Lohnuntergrenze sind. Dies ist das Ergebnis einer Befragung des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und TNS emnid für die INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft).

Die zu erwartenden Preissteigerungen hatte das ifo-Institut exklusiv für die INSM ermittelt. Die Umfrage von TNS emnid ergab darüber hinaus, dass viele Konsumenten in Deutschland dann stärker auf Waren- und Dienstleistungsangebote anderer Länder ausweichen würden.

Laut ifo-Analyse für die INSM würde ein gesetzlicher Mindestlohn wie folgt auf die Preise durchschlagen: Beispielsweise ein Urlaub an der deutschen Ostsee würde bis zu 15 Prozent teurer, Kosmetik wäre um bis zu 25 Prozent kostspieliger, ein Friseurbesuch könnte bis zu 40 Prozent mehr kosten. Die flankierende TNS emnid-Umfrage ergab, dass die Deutschen solche Preissteigerungen mit Mehrheiten von 55 Prozent bis 69 Prozent problematisch fänden.

Deutsche Anbieter hätten nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns vielfach das Nachsehen, gab INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer zu bedenken. „Ein Mindestlohn von 7,50 Euro schwächt deutsche und begünstigt ausländische Anbieter“, ergänzte Gernot Nerb, zuständiger Projektleiter beim ifo-Institut. Für die Untersuchung hat das Münchner ifo Institut 22 Unternehmen telefonisch und persönlich interviewt. TNS emnid befragte 1013 Personen. Experten-Fazit: Ein gesetzlicher Mindestlohn schadet dem Standort Deutschland.

Einstieg in Arbeit 6

Einsteiger – Menschen, die einen neuen Job gefunden haben

Köln. – Ellen Kästner, die als Friseurin in Frankfurt/Oder eine neue Stelle gefunden hat, lächelt jedem Surfer entgegen, der die INSM-Webseite www.einstieg-in-arbeit.de besucht. Die 23-Jährige hat >

**Mindestlohn macht
Friseur & Urlaub teurer!**

Berlin – Ein flüch- : 40 % steigen, so
chendeckender : eine Studie der
Mindestlohn von : Initiative Neue
7,50 Euro/Stunde : Soziale Marktwirt-
würde die Bun- : schaft. Urlaub in

BILD berichtete über die INSM-Mindestlohnstudie.

INITIATIVE EXPRESS

ihren Job als Friseurin nach siebenmonatiger Arbeitslosigkeit vor vier Jahren gefunden. Für diese Chance nimmt sie lange Anfahrtszeiten in Kauf und ist täglich 12 Stunden außer Haus. Doch sie empfindet es als Bereicherung, ständig mit anderen Menschen zu tun zu haben. „Arbeit bedeutet für mich Lebensqualität“, sagt sie. Und: „Durch den neuen Job sowie den Zuspruch der Kollegen und Kunden bin ich viel selbstbewusster geworden und habe mir neue Ziele gesteckt.“ Ihr Schicksal machte die INSM bundesweit in Anzeigen bekannt.

Weitere Beispiele von Job-Einsteigern sind

- die Verkaufsgärtnerin Janka Kiekebusch (47) aus Berlin-Spandau: Sie fand nach vier Monaten und einer Zusatzqualifikation eine neue Stellung in einem Baumarkt.
- der Lagerist Silvio Henniger aus der Region Gera: Er fand nach zwei Monaten vergeblicher Versuche einen neuen Job durch einen privaten Arbeitsvermittler.
- der Verkaufsfahrer Reiner Pohl: Der 57-Jährige hatte seit den 90er Jahren große Probleme, eine neue Beschäftigung zu finden. Ebenfalls durch eine private Arbeitsvermittlung gelang ihm der Wiedereinstieg als Verkaufsfahrer einer Bäckerei in Gera.



Schicksale, die Mut machen: In Anzeigen veröffentlichte die INSM Beispiele von ehemals Arbeitslosen, die erfolgreich den Wiedereinstieg in Beschäftigung geschafft haben.

Mehr über Ellen Kästner und weitere Betroffene, die glücklich sind, wieder eine Beschäftigung zu haben, finden Sie hier:

<http://www.einstieg-in-arbeit.de/content/66827>

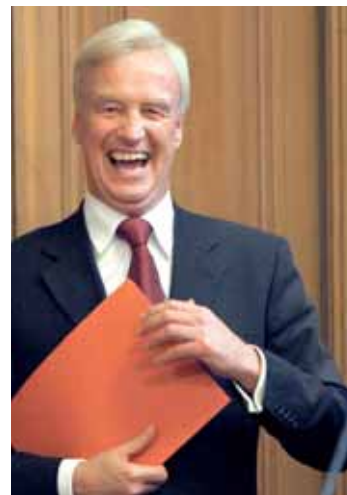
Sechstes Bundesländerranking:

Zwei Überraschungssieger im Norden, „Wohlfühl-Süden“

Berlin. – Als „faustdicke Überraschung“ stellte Dr. Michael Inacker, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche,

**Wirtschafts
Woche**

am 13. Juni den Dynamiksieger des sechsten Bundesländerrankings vor: Hamburg hat bundesweit die beste Wirtschaftsdynamik aller Bundesländer. Damit ist der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt, Ole von Beust, Ministerpräsident des Jahres 2008. Dynamiksieger Hamburg profitiere als internationale Hafenstadt in besonderer



Strahlender Sieger, Ole von Beust

er Weise davon, dass man sich dort „frühzeitig auf die veränderten Bedingungen im internationalen Warenaustausch eingestellt hat“, sagte Inacker. In diesem Zusammenhang lobte er besonders „die wirtschaftsfreundliche Politik des Hamburger Senats, der den Ausbau des Hafens und eine Vertiefung der Elbe ermöglicht hat“. Zudem sei Hamburg zweitgrößter europäischer Standort der zivilen Luftfahrt.

In den Daten des Bundesländerrankings, die Wissenschaftler der IW Consult GmbH für WirtschaftsWoche und INSM zusammengestellt und recherchierten, zeigen sich die erzielten Erfolge beispielsweise so: Hamburg erlebte in den Jahren 2004 bis 2007 einen Einwohnerzuwachs von 1,4 Prozent, während die Einwohnerzahl im Bundesschnitt um 0,3 Prozent sank. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Hamburg in der Zeit von 2004 bis 2007 um 4 Prozent, während sie im Schnitt aller Bundesländer nur um 2,2 Prozent stieg. Hamburg punktet auch bei den verfügbaren Einkommen. Diese stiegen in der Zeit von 2004 bis 2006 um 6,4 Prozent. Bundesweit waren es nur 3,8 Prozent.

Zweite große Überraschung dieses Bundesländerrankings ist das Abschneiden Mecklenburg-Vorpommerns: Platz 2 im Dynamikranking. Das Land profitierte in besonderer Weise vom Aufschwung der letzten Jahre und verbesserte seine Arbeitsmarktpformance – wenn auch von niedrigem Niveau aus – sehr stark. Von 2004 bis 2007 stieg die Versorgung mit Jobs in Mecklenburg-Vorpommern um 6,9 Prozentpunkte. Bundesweit waren es 4,1 Prozentpunkte. Deutlich aufwärts ging es dort auch bei der öffentlichen Sicherheit und dem Lehrstellenangebot.

INSM-Geschäftsführer Dieter Rath präsentierte die Ergebnisse des Bestandsrankings. Diese dokumentieren den Ist-Zustand in den jeweiligen Bundesländern, während das Dynamikranking die Entwicklung in der Zeit von 2004 bis 2007 abbildet. Fast uneinholbar vorn sind hier die Südländer Bayern und Baden-Württemberg. Sie >

INITIATIVE EXPRESS

konnten, so Rath, ihren Vorsprung gegenüber dem Rest der Republik zum Teil noch ausbauen. Denn Bayern und Baden-Württemberg belegen nicht nur die Plätze 1 und 2 im Besitzstandsranking, sie erreichen auch die Ränge 3 und 4 im Dynamikranking – das heißt: Sie verbessern ihre Position von bereits sehr hohem Niveau aus immer noch sehr stark. Das Erfolgsgeheimnis des „Wohlfühl-Südens“: „Beide Länder profitieren von einer starken Industrie, einer hohen Exportquote und einer hohen Konzerndichte, einer gut ausgebildeten Bevölkerung – kurzum: Sie haben sich wie auch Hamburg in der Globalisierung gut aufgestellt“, so Rath.



Die Webseite des Bundesländerrankings

Das Resultat ist ein im Vergleich zum Rest der Republik sehr hoher Wohlstand. So verfügt Bayern über eine hohe durchschnittliche Kaufkraft von 20.340 Euro je Einwohner gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 18.734 Euro. Fast märchenhaft muten in

vielen anderen Regionen Deutschlands auch die Arbeitsmarktdaten der Südländer an. In Baden-Württemberg beispielsweise gab es im Jahr 2007 nur 4,9 Prozent Arbeitslose, bundesweit war der Prozentsatz fast doppelt so hoch.

Schlusslichter im Dynamikranking sind Nordrhein-Westfalen und Bremen. Beide Länder haben einen starken wirtschaftsstrukturellen Wandel zu verkraften.

Die gesamten Ergebnisse der Studie sowie alle detaillierten Stärken-Schwächen-Profile der 16 Bundesländer können im Internet unter www.bundeslaenderranking.de und www.wiwo.de/laenderranking abgerufen werden.

INSM-WiWo-Bundesländer-Ranking: Reaktionen

„Die Bundesliga der Länder“ und „erklärliche Ergebnisse“

Berlin. – „Das neue Deutschland – alle Bundesländer im Test.“ Mit diesem Titel erschien die **WirtschaftsWoche** am Montag nach der Vorstellung des Bundesländerrankings. Auf einer Karte waren alle Platzierungen vermerkt. Die Ergebnisse lösten bundesweit Reaktionen in Medien und der Politik aus.



Titel der *WirtschaftsWoche* zum Bundesländerranking 2008.

„Ole von Beust ist Ministerpräsident des Jahres!“ Bei der **BILD-Zeitung** Hamburg war das Ergebnis des sechsten INSM-WiWo-Bundesländerrankings für ein Ausrufezeichen hinter der Schlagzeile gut. „Tolle Auszeichnung für unseren Bürgermeister: Ole von Beust (CDU) ist Ministerpräsident des Jahres“, freute sich das Blatt.

Auch das **Hamburger Abendblatt** widmete sich dieser Nachricht ausführlich. „Ob

Hochqualifizierte, Einwohnerwachstum oder Erwerbstätige: Hansestadt ist Spitzenreiter beim Ranking der Bundesländer“, so die Schlagzeile der Tageszeitung. Das Abendblatt zitiert auch Dr. Michael Inacker, stellvertretender Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, die das Bundesländer-Ranking gemeinsam mit der INSM durchführen lässt. Dem Bericht zufolge bezeichnete Inacker die Entwicklung der Hansestadt als „faustdicke Überraschung“. Weiter heißt es dazu in dem Bericht: „In Hamburg wirkten sich Faktoren aus wie ein ‚kreatives politisches Personal‘, das zum Teil neue Wege gehe und besonders gut mit der Wirtschaft zusammenarbeite.“

Auch die Tageszeitung **DIE WELT** feierte das Abschneiden Hamburgs: „Hansestadt besonders dynamisch – Nordrhein-Westfalen abgeschlagen – Mecklenburg-Vorpommern überraschend weit vorn“ – so das Resümee des Blattes zu den Ergebnissen. Artikel-Zitat: „Als Hafencity habe sich Hamburg frühzeitig auf die veränderten Bedingungen im internationalen Warenaustausch eingestellt, berichteten die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und die ‚Wirtschaftswoche‘ als Auftraggeber der Studie in Berlin. Die Erfolge zeigten sich unter anderem darin, dass die Bevölkerung zwischen 2004 und 2007 um 1,4 Prozent gewachsen sei, während die Bevölkerung in allen Ländern um 0,3 Prozent geschrumpft sei. Auch die verfügbaren Einkommen legten in der Hansestadt kräftig zu.“

Von der „Die Bundesliga der Länder“ sprach die **Berliner Morgenpost** und freute sich: „Berlin in einigen Bereichen ganz vorn.“ >

Die Bundesliga der Länder

Wirtschaftliche Dynamik: Berlin in einigen Bereichen ganz vorn

Berlin – Bei der wirtschaftlichen Dynamik befindet sich Berlin einer Studie zufolge im Mittelfeld der 16 Bundesländer. Im Bundesländerranking 2008 der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der „Wirtschaftswoche“, das am Freitag vorgestellt wurde, belegte die Hanse-

haben die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen weiter die Nase vorn. Ausgewertet wurden fast 100 ökonomische und strukturelle Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsmarktdaten, Kaufkraft, Kita-Betreuung oder Investitionsquo-

rhein-Westfalen (15) und das Saarland (14). „Dynamischer“ Hamburg verzeichnete den Angaben zufolge von 2004 bis 2007 einen Einwohnerzuwachs von 1,4 Prozent, während die Einwohnerzahl im Bundeschnitt um 0,3 Prozent sank.

Die Zahl der Erwerbstätigen

Artikel der *Berliner Morgenpost* über das INSM-WiWo-Bundesländerranking

INITIATIVE EXPRESS

„Niedersachsens Wirtschaft fehlt die Dynamik“, schrieb die **Hannoversche Allgemeine Zeitung**. „Nicht sehr dynamisch, aber das auf recht hohem Niveau: Dies ist das niedersächsische Ergebnis eines wirtschaftlichen Vergleichs der 16 Bundesländer“, so das Blatt zum Abschneiden Niedersachsens, das bei der Wirtschaftsdynamik in diesem Jahr nur Platz 13 erreichte.

Die **Nachrichtenagentur ddp** zitierte dazu eine Stellungnahme des niedersächsischen Wirtschaftsministers Walter Hirche: Dieser bezeichnete das Abschneiden Niedersachsens als „erklärlich“. Schließlich habe das Land 2004 mit dem zweiten und 2005 mit dem dritten Platz jeweils Spitzenplätze erreicht, sagte Hirche ddp zufolge. Wesentliche wirtschaftliche Impulse seien bereits vor Jahren gesetzt worden. „Insofern macht sich logischerweise ein Basiseffekt bemerkbar“, fügte Hirche hinzu.

Vergleichsweise gut haben neben Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländer-Ranking auch andere ostdeutsche Länder abgeschnitten. So erreichte Sachsen Platz 6 bei der Wirtschaftsdynamik. Die Agentur ddp zitierte dazu eine Stellungnahme des Präsidenten der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW), Bodo Finger. Dieser wertete das Ranking „als Bestätigung der Wirtschaftspolitik des Landes“. Mit Blick auf die Schwächen warnte er jedoch vor einem Nachlassen der Anstrengungen. Höchste Priorität gehöre dem Wirtschaftswachstum, denn nur so entstünden Arbeitsplätze.

Auch in Brandenburg freute man sich über einen fünften Platz, den das Land bei der Wirtschaftsdynamik erreichte. Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) fühlt sich durch die Studie in seiner Politik bestätigt. „Der Abschied von der Gießkanne war richtig, die wirtschaftspolitische Ausrichtung des ‚Stärken stärken‘ bewähre sich“, sagte Junghanns laut dpa. Er warnte aber „zugleich vor Euphorie“. Brandenburg habe noch erhebliche Anstrengungen vor sich.



Ulrich Junghanns, Brandenburgs Wirtschaftsminister

Darauf hatte INSM-Geschäftsführer Dieter Rath bei der Pressekonferenz zum Bundesländerranking auch aufmerksam gemacht. Die Ost-Länder hätten infolge des Aufschwungs in besonderer Weise Boden gutgemacht. Allerdings machte Rath auch deutlich, dass die Ost-Länder bei Wohlstandsdaten noch zurückliegen.

Vor allem auch im Vergleich zum prosperierenden Süden und Südwesten der Republik. Sieger im Bestandsranking ist Bayern, gefolgt von Baden-Württemberg. Der dpa-Landesdienst Bayern zitierte dazu INSM-Projektleiter Carsten Seim mit den Worten: „Bayern entwickelt sich von einem sehr hohen Niveau aus weiterhin sehr positiv und setzt sich damit absolut betrachtet weiter ab von anderen Regionen in Deutschland.“

INSM-Schulbuchstudie:

In anderen Ländern lernen Schüler besser, wie man Unternehmer wird

Berlin. – Auf einer Pressekonferenz in Berlin stellten Günter Verheugen, stellvertretender Präsident der EU-Kommission, Professor Simone Lässig, Leiterin des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, und INSM-Geschäftsführer Dieter Rath am 24. Juni eine Untersuchung vor, die Inhalte schwedischer, britischer und deutscher Schulbücher verglich. Auf den Punkt gebracht hatte die Analyse folgendes Ergebnis: „In schwedischen Schulbüchern wird neben dem Sozialstaat auch unternehmerisches Handeln groß geschrieben: Hier lernen die Schüler praktisch, wie sie ein Unternehmen aufbauen. Hier kann Deutschland von den Schweden lernen. Denn Schulbücher hierzulande informieren vor allem über Grundbegriffe der Wirtschaftsordnung und abstrakte Inhalte, statt praktisches Unternehmertum zu vermitteln. Englische und schwedische Schulbücher vermitteln dieses Themenfeld deutlich Einzelfall orientierter, praxisnäher und beispielhafter.“

Zitat aus dem Gesellschaftskundebuch Samhälle (zu deutsch Gesellschaft): „Wirtschaftlichkeit – ein Muss! Alle Unternehmen streben nach Wirtschaftlichkeit, das heißt Gewinne zu machen.“ Wie Samhälle sind viele schwedische Schulbücher kleine „Gebrauchsanweisungen“ für das Gründen und Führen einer Firma. Wirtschaft in deutschen Schulbüchern findet vielfach in erster Linie aus Arbeitnehmer- und nicht aus Unternehmersicht statt.

„In Schweden wird unternehmerisches Handeln groß geschrieben, selbst der Arbeitnehmer handelt in der skandinavischen Sichtweise unternehmerisch, wenn er seine Arbeitskraft zu Marktpreisen anbietet und sich bildet, um seinen Marktwert zu erhöhen“, so der Kommentar in der Zusammenfassung von Professor Lässig.

EU-Kommissar Günter Verheugen betonte bei der Pressekonferenz, wie notwendig es ist, auch Kinder und junge Menschen bereits früh an unternehmerische Inhalte heranzuführen. „Unsere Wirtschaft braucht neue, junge Unternehmer“, erklärte er. Deshalb sei mehr >

INITIATIVE EXPRESS



INSM-Pressetermin: Professor Simone Lässig, Dieter Rath und Günter Verheugen auf dem Podium.

Kenntnis über die Wirtschaft im Allgemeinen nötig. Verheugen: „Diejenigen, die Unternehmerinnen und Unternehmer werden wollen, sollten unterstützt und ermutigt werden.“ Moderne Arbeitsmarktpolitik müsse zudem kleinen und mittleren Unternehmen Mut machen und den Rücken stärken, „denn dort entstehen die Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen und übermorgen“, so der SPD-Politiker.

„In den Schulbüchern kommt der Gründergeist zu kurz“, titelte am Tag darauf die Tageszeitung **DIE WELT**. Unter Berufung auf die jüngst vorgestellte INSM-Schulbuchstudie schrieb das Blatt, dass beispielsweise schwedische Schüler in ihren Lehrbüchern erfahren, wie man ein Solarium eröffnet. Artikelzitat: „Dieses unternehmerische Szenario, wie es das Leben nicht schöner schreiben könnte, findet sich in einem schwedischen Schulbuch für die Mittelstufe. Im deutschen Pendant sucht man derlei Gedankenexperimente leider vergebens.“

„Unternehmertum soll schon auf der Schulbank gelernt werden“, schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrem Bericht über die Schulbuch-Studie. Und: „Deutsche Lehrbücher sind staatsgläubiger als schwedische.“

Mehr zur INSM-Schulbuchstudie finden Sie hier: <http://www.insm-presse.de/2008/06/24/in-sm-stellt-schulbuchvergleich-zwischen-deutschland-schweden-und-grossbritannien-vor-deutsche-schueler-lernen-nicht-unternehmer-zu-werden>

INSM-Politik-Check Schule:

Erstmals erhielten alle Landesregierungen schulpolitische Zeugnisse

Berlin/Köln. – Aktuelle Stunden in mehreren Landtagen, Stellungnahmen vieler Kultusminister und Fachpolitiker, bundesweite Medienresonanzen – das war das Resultat der Studie „Politik-Check Schule“,

die die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft am 27. Mai in Berlin in Anwesenheit der nordrhein-westfälischen Kultusministerin Barbara Sommer vorstellte. „Der Politik-Check Schule stellt den Landesregierungen erstmals schulpolitische Zeugnisse aus“, erklärte Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und Berater der INSM, zur Vorstellung der Expertise im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin. Bewertet wurde, wie gut sie ihre reformpolitischen Hausaufgaben gemacht haben, damit Schüler an den Schulen ihres Landes optimal für das Leben und den Beruf fit gemacht werden.



Pressekonferenz in Berlin: (von links) Helmut E. Klein und Michael Hüther vom IW Köln, INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer und NRW-Ministerin Barbara Sommer.

Ein zentrales Ergebnis der Expertise: Der PISA-Schock hat gewirkt. Alle Landesregierungen haben wichtige Weichen gestellt, damit bessere Bildung an den Schulen möglich wird. Kein Land hat nach Auffassung der mit der Studie befassten Wissenschaftler des IW Köln schlechter als „befriedigend“ abgeschnitten. Alle Regierungen haben – wenn auch in unterschiedlichem Tempo – ihre Schulgesetze und ihre Schulpolitik modernisiert. In Schulnoten ausgedrückt reichen die Verbesserungen insgesamt von „gut“ bis „befriedigend“. Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter einer Gruppe von fünf Bundesländern, die ihre schulpolitischen Hausaufgaben besonders gut erledigt haben: Neben Nordrhein-Westfalen schnitten auch die Länder Berlin, Profil des Stadtstaates Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern mit „gut“ ab.

Professor Hüthers Resümee beim INSM-Pressetermin: „Unsere Studie belegt, dass alle Länderregierungen die aus Expertensicht notwendigen bildungspolitischen Ziele in ihren Schulgesetzen inzwischen klar formuliert haben.“ Allerdings haben die Länder auch noch Verbesserungspotenziale. Hüther: „In vielen Bundesländern zögert die Politik noch, den Schulen echte Selbstständigkeit und den Schulleitern die nötigen Führungskompetenzen einzuräumen, die sie brauchen, um ihre Schulen zu besseren Lernerfolgen zu führen.“ >

INITIATIVE EXPRESS

Schulpolitik-Check: Kopfnoten für die Bundesländer

Die einzelnen Qualitätsbereiche allgemeinbildender Schulen wurden mit folgenden Schulnoten bewertet

Handlungsfeld	BW	BY	BE	BB	HB	HH	HE	MV	NI	NW	RP	SL	SN	ST	SH	TH
Bildungspolitische Ziele	3-	3-	1	2	2+	2+	2+	2	2	1	2	3	2	2+	2	
Qualitätssicherung	2	2+	1-	2-	2-	1-	2	2	2+	1-	3-	3	2+	2-	2-	3
System-/Personalmanagement	3	3	3	4-	3	2	2+	1	3	2-	3+	3	3	3	3	3
Schulkultur	2-	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3-	3	3	2-	3-
Lehren und Lernen	3	3	2-	2-	4-	2-	2+	3	2-	2-	2-	3	3	3	3	3
Gesamtbewertung	3+	3+	2	3+	3	2	2	2	2-	2	3+	3	3+	3+	3+	3

Diese Grafik des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt alle vergebenen Einzelnoten. Erläuterung zu den Einzelkriterien:

Bildungspolitische Ziele: Hier wird hinterfragt, inwieweit Schulen sich an Bildungsstandards halten und Bildungsziele wie die Berufsbildungsreife einhalten müssen.

Qualitätssicherung: Gibt es beispielsweise landesweite Schulinspektionen und Vergleichsarbeiten in allen Schulen sowie zentrale Prüfungen?

System-/ Personalmanagement: Wie selbstständig können Schulen in diesem Bundesland bereits arbeiten? Welche Kompetenzen gesteht die jeweilige Landesregierung den Schulleitern zu?

Schulkultur: Sind Schulen aufgefordert, ihre pädagogische Praxis an einem Schulprogramm zu orientieren? Gibt es genug verpflichtende Ganztagsangebote?

Lehren und Lernen: Gibt die Politik den Schulen eindeutige Ziele vor, welche Kompetenzen Schüler in bestimmten Abschnitten ihrer Schullaufbahn haben müssen?

Insgesamt belegt die INSM-Studie „Politik-Check Schule“ auch, dass die Bundesländer mehr für den Ausbau von Ganztagschulen tun sollten. Dies ist nötig, damit Schülern mehr Bildung vermittelt werden kann.

Mehr über die Studie Politik-Check Schule und die einzelnen Länderergebnisse erfahren Sie unter www.insm-bildungsmonitor.de

INSM-Politik-Check Schule:

Kultusminister kommentieren ihre Noten

Berlin/Köln. – Bundesweit berichteten Medien über die Studie Politik-Check Schule, viele Kultusminister äußerten sich öffentlich zu den Ergebnissen. Eine Auswahl der Stimmen aus Politik und Medien:

„Unser Schulgesetz steht für mehr pädagogische Freiheit und schulische Freiräume, für mehr Verantwortung vor Ort und weniger Detailsteuerung von oben.“ Mit diesem Satz trat Nordrhein-Westfalens Kultusministerin Barbara Sommer bei der Vorstellung der Studie Politik-Check Schule vor die Berliner Presse. Sommers Bundesland führte eine Spitzengruppe von insgesamt fünf Bundesländern an, die allesamt mit einer Gesamtnote „gut“ abgeschnitten hatten.



Nordrhein-Westfalens Kultusministerin Barbara Sommer

Die Studie führte im Mai zu einer heftig geführten Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag. „Betragen: ungenügend – irrer Politiker-Streit um Schulgutachten“, schrieb BILD NRW. Hintergrund: Mitglieder der früheren rot-grünen Landesregierung hatten vehement eigene Verdienste am guten Bild des Landes im Politik-Check Schule für sich reklamiert. Das führte zum Teil zu heftigen Verbalattacken im Landtag.

Auch die **Rhein-Zeitung** beschäftigte sich mit dem guten Abschneiden Nordrhein-Westfalens. Artikel-Zitat: „Die Basis ist ein gutes Schulgesetz“, erläuterte Barbara Sommer (CDU), Bildungsministerin in Nordrhein-Westfalen. Das Land NRW nennt die individuelle Förderung jedes Kindes als Bildungsziel, ebenfalls die vorschulische Sprachausbildung und die Eigenverantwortung der Schulen. „Nachsitzen muss bei der Schulpolitik nach Ansicht der Experten Rheinland-Pfalz, das eine 3+ erhielt“, so die Rhein-Zeitung.

Am 4. Juni beschäftigte sich der Landtag von Rheinland-Pfalz in einer aktuellen Stunde mit den Ergebnissen des Politik-Checks Schule. Die FDP-Landtagsabgeordnete Nicole Morsblech: „Die Bil- >



Die INSM-Studie löste einen heftigen Streit im NRW-Landtag aus. BILD berichtete darüber.

INITIATIVE EXPRESS

dungspolitik der Landesregierung klingt auf dem Papier gut – es hapert aber an der Qualitätssicherung. Unsere Schüler werden zu wenig individuell gefördert und unsere Schulen und Schulleiter werden zu stark von oben gegängelt.“

„Bundesländer wagen mehr Schulreformen“, schrieb die **Süddeutsche Zeitung**. Zitat aus dem SZ-Bericht: „Die deutsche Schulpolitik hat sich seit dem schlechten Abschneiden in der ersten internationalen Pisa-Studie verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung, welche die arbeitgebernahe Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft am Dienstag in Berlin vorstellte.“

Der **Berliner Tagesspiegel** forderte in einem Kommentar die Berliner Bildungspolitiker auf, trotz des guten Abschneidens Berlins problembewusst zu bleiben: „Zu Recht wird gewürdigt, dass Berlin viel tut für die Hochbegabtenförderung und für die Qualitätskontrolle durch Vergleichsarbeiten. Andere angebliche Pluspunkte entpuppen sich bei näherem Hinsehen allerdings als Problemzonen. So wird Berlins frühe Einschulung gelobt, obwohl viele Schulen mangels Personal den Ansprüchen der Fünfjährigen nicht gewachsen sind.“

Diesen Tenor griff Berlins Bildungsminister Jürgen Zöllner in einer Stellungnahme zur INSM-Studie auf. Zöllners Fazit: „Die Studie kann einen hilfreichen Beitrag leisten, sich mit dem Stand und der Entwicklung der Berliner Bildungspolitik kritisch, aber unversperrt auseinanderzusetzen. Das für Berlin sehr positive Fazit der Studie ist kein Anlass, dass wir uns zurücklehnen.“



Berlins Bildungsminister Jürgen Zöllner: INSM-Studie leistet wichtigen Beitrag.

„Für PISA-Sieger Bayern gab es nur die Note 3“, schrieb die **Mittelbayerische Zeitung**. Bayern habe eine „moderate Reformtätigkeit“. „Bei der operativen Steuerung der Qualitätssicherung“ sei „der Freistaat dagegen top“. Zitat: „Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mahnte in einer Reaktion auf den ‚Politik-Check Schule‘ eine konsequente Weiterführung der Reformen an. Vordringlich sei eine gezielte Fortbildung von Schulleitern und Lehrern in den Bereichen Qualitätssicherung und Schulmanagement, sagte BDA-Vize Gerhard F. Braun.“

In einer Pressemitteilung nahm Bayerns Kultusminister Siegfried Schneider Stellung. „Der Schulpolitik-Check“, so Schneider, bescheinige „den bayerischen Schulen insgesamt hohe Qualitätsstandards“. Die Studie zeige außerdem, dass es gelungen sei, die „richtigen Schlüs-

se aus den Ergebnissen der Pisa-Studien zu ziehen“, so Schneider. Er freue sich, dass „in der Studie die hohen Qualitätsstandards bayerischer Schulen deutlich“ würden: „Die an bayerischen Schulen eingeführten Instrumente der Qualitätssicherung wie zentrale Abschlussprüfungen, Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten und Schulevaluationen bewähren sich.“

„Thüringen mit Defiziten bei Pisa-Reformen“, kritisiert die **Ostthüringer Zeitung**. Der Freistaat hatte im Ländervergleich „nur“ mit einem „befriedigend“ abgeschnitten. „Schule dürfe nicht nur durch die ‚wirtschaftspolitische Brille‘ gesehen werden“, hielt Thüringens Kultusminister Müller dem entgegen. Müller machte aber gleichzeitig deutlich, dass sein Bundesland weitere Verbesserungen anstrebt: „Das Entwicklungsvorhaben ‚Eigenverantwortliche Schule‘, das seit 2004 an mehr als 160 Schulen umgesetzt wird, wird durch eine stärkere Verbreitung noch mehr zur Verbesserung von Unterrichts- und Schulqualität beitragen.“

„Die Ergebnisse der Studie bestätigen, dass wir den aktuellen Bildungsherausforderungen mit den richtigen Konzepten begegnen.“ So kommentierte Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave die Ergebnisse des INSM-Politik-Checks Schule, einer Studie, die die schulpolitischen Fortschritte in 16 Bundesländern seit dem PISA-Schock 2001 analysiert. Schleswig-Holstein erreichte im Durchschnitt aller fünf in der Studie untersuchten Reformbereiche eine 3+. Die Bereiche, in denen Schleswig-Holstein Nachholbedarf attestiert werde, würden bereits mit viel Elan angegangen.



Schleswig-Holsteins Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave: Bildungsherausforderungen annehmen.

Kooperation von INSM und der Zeitschrift ELTERN:

Kindergartenmonitor – der erste bundesweite Kitagebührenvergleich

Köln/Berlin. – „Die bundesweiten Unterschiede bei den Kindergartengebühren sind eklatant“, sagte ELTERN-Chefredakteurin Marie-Luise Lewicki am 17. März vor Journalisten im Haus der Bundespressekonferenz. Gemeinsam mit INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer und Studienleiter Dr. Karl Lichtblau präsentierte sie den Kindergartenmonitor, der erste wissenschaftliche Vergleich der Kitagebühren in Deutschland. Im Auftrag von INSM und der Zeit- ➤

INITIATIVE EXPRESS



Titelseite der Zeitschrift *Eltern*, in der der Kindergartenmonitor erschien.

schrift **ELTERN** hatten Experten der IW Consult akribisch landauf, landab die Gebührensätzungen für kommunale Kindergärten ausgewertet. Das Ergebnis der Studie: Während in Heilbronn der Besuch des kommunalen Kindergartens kostenlos ist, müssen Gutverdiener anderenorts bis zu fast 4000 Euro jährlich aufbringen, wenn sie zwei Kinder in den Kindergarten schicken möchten.

„Das im INSM-ELTERN-Kindergartenmonitor nachgewiesene Gebühren-Chaos muss ein Ende haben. Wir möchten mit dem INSM-Kindergartenmonitor einen Beitrag dazu leisten, mehr Transparenz zu schaffen“, erklärte dazu INSM-Geschäftsführer Höfer.



Pressekonferenz zum Kindergartenmonitor: Studienleiter Karl Lichblau, INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

Zum zweiten Mal stellte die INSM mit einer großen Studie das Thema „frühkindliche Bildung“ in den Vordergrund. Bereits 2006 hatte sie in einer Studie darauf hingewiesen, wie wichtig die Nutzung des sogenannten frühkindlichen Lernfensters ist, damit später nicht Schul- und Berufsversager-Karrieren entstehen.

„Wer Leistungsgerechtigkeit will, muss Chancengerechtigkeit schaffen – entscheidende Weichen hierfür werden im Kindergartenalter gestellt“, erklärte Höfer. Optimal würden Kinder gefördert, „die wenigstens halbtags in der Kita sind“. Gemeinsam mit den Fachleuten der Zeitschrift **ELTERN** setzt sich die INSM deshalb dafür ein, „den Halbtags-Kindergarten ab dem 3. Lebensjahr als erste Bildungsstufe zu sehen und wie die Schule bundesweit generell kostenfrei zu stellen“.



ELTERN-Chefredakteurin Marie-Luise Lewicki beim Presetermin.

Der Kindergartenmonitor

 INITIATIVE > **Eltern**

Familien mit 45.000 Euro Bruttojahreseinkommen und einem vierjährigen Kind im Kindergarten

Die günstigsten Jahresbeiträge:	
Heilbronn	0 €
Mannheim	418 €
Stuttgart	561 €
Villingen-Schwenningen	576 €
Chemnitz	588 €
Die höchsten Jahresbeiträge:	
Bremen	1.752 €
Lübeck	1.692 €
Hamburg	1.656 €
Cottbus	1.572 €
Flensburg	1.524 €

Mehr im Internet: www.insm-kindergartenmonitor.de oder www.eltern.de/kita-monitor

Diese Tabelle dokumentiert die Gebührenunterschiede am Beispiel einer Familie mit mittlerem Einkommen.

Dieses Thema griff neben hunderten anderer Zeitungen auch die links-alternative **tageszeitung** auf. Sie verwies auf die bereits 2006 durch die INSM veröffentlichte Studie zur frühkindlichen Förderung. Diese Expertise hatte auf die unter Fachleuten unbestrittene Tatsache aufmerksam gemacht, dass gerade Kinder aus sozial schwächeren Schichten den Kindergarten im Schnitt deutlich kürzer besuchen als der Nachwuchs von besser verdienenden Schichten. Dabei sind es gerade diese Kinder, die frühkindliche Förderung in der Kita benötigen, um den Einstieg in der Schule zu schaffen. „Gratis-Kitas“, so die taz zum Ergebnis der INSM-Expertise, würden sich deshalb „nach einigen Jahren rechnen“.

Alle Ergebnisse des INSM-Kindergartenmonitors finden Sie auch im Internet: unter www.insm-kindergartenmonitor.de

Ausgewählte Resonanzen:

Von Süddeutsche bis taz: der Kindergartenmonitor in den Zeitungen

Berlin/Köln. – Bundesweit war der jüngst veröffentlichte Kindergartengebührenvergleich der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der Zeitschrift **ELTERN** Schlagzeilenthema in den Medien.

Die **Hamburger Morgenpost** fasste zusammen: „Die Höhe der Elternbeiträge variiert nach Bundesländern. Norddeutsche Kommunen belasten die Eltern im Durchschnitt höher als Kommunen aus südlichen Bundesländern.“

Die **Süddeutsche Zeitung** forschte nach den Ursachen für das Nord-Süd-Gefälle: „Der Grund liegt wohl darin, dass es im Süden >

INITIATIVE EXPRESS

Gebühren-Willkür im Kindergarten

Eine Studie zeigt: Bei den Gebühren für einen Kindergartenplatz gibt es große Unterschiede, die schnell 3.000 Euro ausmachen können. Im Norden ist der Platz meist teurer als im Süden. Und die soziale Lage wird nicht überall angemessen berücksichtigt

AUS BERLIN COSIMA SCHMITT Teil deutlich unterscheiden, hat auch strukturelle Gründe. Was ein Kindergartenplatz kostet, bestimme die Kommunen zu einem großen Teil selbst. Dennoch lassen sich einige Tendenzen ablesen. So belasten Städte im Norden die Eltern im Schnitt etwas stärker als Städte im Süden. Hat die Familie nur zwei Kinder, ist die Belastung für die Eltern im Norden im Schnitt etwas stärker als in den Süden. Hat die Familie vier oder mehr Kinder, ist die Belastung im Norden im Schnitt etwas stärker als in den Süden. Hat die Familie nur zwei Kinder, ist die Belastung für die Eltern im Norden im Schnitt etwas stärker als in den Süden. Hat die Familie vier oder mehr Kinder, ist die Belastung im Norden im Schnitt etwas stärker als in den Süden.

Der Kindergartenmonitor war auch Thema für die taz.

weniger hochverschuldete Kommunen gibt. Fast überall entscheiden die Städte und Gemeinden selbst über die Gebühren ihrer Kindergärten. Je klammer die Stadtkasse, desto höher setzen sie in der Regel die Kitabeiträge an.“ Daran zeige sich gerade die Absurdität des Systems, meint die Süddeutsche Zeitung: „In einigen Städten zahlen wohlhabende Eltern keinen Cent für die Kita, andere Kommunen kassieren aber sogar bei Geringverdienern.“

„Deutscher Irrsinn – mit Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit hat das wenig zu tun“, meinte die Saarbrücker Zeitung. „Schon beim Zugang zur frühkindlichen Förderung findet über die Gebühren eine massive Auslese statt.“

Zu diesem Schluss kam auch die taz: „Oft sind Gebühren gerade in den Städten hoch, die viele soziale Brennpunkte haben – und wenig Geld in der Haushaltskasse. Genau das aber sind die Orte, an denen viele Kinder auch dringend abseits des Elternhauses gefördert werden müssten. (...) Max Höfer, Geschäftsführer der INSM, plädiert daher dafür, den Halbtagskindergarten ab dem 3. Lebensjahr wie die Schule generell kostenfrei anzubieten.“

Der baden-württembergische SPD-Abgeordnete Christoph Bayer kam im Südkurier zu Wort: „Die Gehirnforschung zeige, dass gerade die frühkindliche Bildung der zentrale Bildungszeitraum im Leben eines Menschen sei. Da darf der Geldbeutel der Eltern keine Rolle spielen.“

Rede in Anwesenheit der Bundeskanzlerin

INSM-Kuratoriumsvorsitzender Professor Hans Tietmeyer zum 60. Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft

„Ludwig Erhards Erbe ist ein bleibender Auftrag für die Zukunft.“ Das sagte Professor Hans Tietmeyer in seiner Rede zur Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsreform am 12. Juni bei einem Festakt im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

„Entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg“ in der Nachkriegsbundesrepublik sei „die mutige persönliche Entscheidung von Ludwig Erhard“ gewesen, 1948 „zusammen mit der Einführung der neuen Währung auch den Großteil der Preise freizugeben und damit zugleich die bürokratische Administration weitgehend aufzuheben“, erklärte der frühere Bundesbankpräsident, Staatssekretär und heutige Kuratoriumsvorsitzende der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Tietmeyer hat seine politische Karriere als Referent im damals noch von Ludwig Erhard geleiteten Bundeswirtschaftsministerium begonnen.

Weiter führte Tietmeyer aus: „Erst in einem Gespräch mit dem damaligen US-Militärgouverneur Lucius D. Clay gelang es ihm, den Widerstand der Besatzungsbehörden zu überwinden und zumindest eine vorläufige Duldung zu erreichen. Mit dieser mutigen Entscheidung ist Ludwig Erhard im Juni 1948 zweifellos der erste, zugleich aber auch entscheidende Durchbruch zur Marktwirtschaft gelungen. Ein Großteil der Zwangswirtschaft wurde kurzfristig abgeschafft, und die Menschen begannen die ersten Erfolge schon bald zu spüren.“



Hans Tietmeyer



Zum Festakt 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft stellte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft „Meilensteine“ in Berlin auf. Die 1,70 m hohen Meilensteine stehen für herausragende politische Weichenstellungen der vergangenen 60 Jahre: die Währungsreform (1948), das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1958), der Neubeginn marktwirtschaftlicher Politik (1982), die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (1993) und die Agenda 2010 (2003). Die Frage auf dem letzten Meilenstein lautet: „Was ist der Beitrag der Großen Koalition?“ Eine Aufforderung, entschlossene Reformen für mehr Wohlstand für alle in Angriff zu nehmen. Das Bild wurde von den Medien aufgegriffen.

Zum Schluss seiner Rede ging Tietmeyer auch auf die aktuelle Entwicklung ein: „Die deutsche Wirtschaft wächst wieder deutlich, die Zahl der Beschäftigten nimmt zu, und der Wohlstand der Gesellschaft steigt, auch wenn viele daran nur sehr unterschiedlich teilnehmen. Zugleich aber wachsen auch die Herausforderungen der permanenten Innovation, des globalen Wettbewerbs und der Generationenstruktur weiter. Deswegen muss der Reformkurs auch weiterge- ➤

INITIATIVE EXPRESS

hen, und zwar in Richtung auf mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung bei Einhaltung der fiskalischen Disziplin.“

Der INSM-Kuratoriumsvorsitzende forderte eine „konsistente und längerfristig angelegte Reformpolitik“, um Vertrauen zu schaffen. In diesem Zusammenhang erwähnte Tietmeyer auch die Notwendigkeit, neue Beschäftigungschancen zu schaffen. „Auch wenn es inzwischen deutliche Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt gibt, gilt bei immer noch 3 Millionen Arbeitslosen unverändert das Motto: Sozial ist vor allem, was Beschäftigung schafft. Deswegen müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass möglichst viele Menschen eine Chance für Beschäftigung und damit für eigene Leistung sowie beruflichen und sozialen Aufstieg erhalten. Für dieses Ziel wirbt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft derzeit intensiv mit der Kampagne ‚Einstieg in die Arbeit‘. ... Gleichzeitig warnen wir davor, dass neue Hürden – wie generelle Mindestlöhne – aufgestellt werden.“

„Ludwig Erhards Erbe ist ein bleibender Auftrag für die Zukunft“, schloss Tietmeyer seinen Vortrag. Die ganze Rede lesen Sie auf seiner persönlichen Website: www.hanstietmeyer.de

INSM-Aktion: Happy Birthday Soziale Marktwirtschaft:

Grußadressen von zwei früheren Staatsoberhäuptern und vielen weiteren Prominenten

Bonn/Berlin. – Ludwig Erhard etablierte 1948 die Soziale Marktwirtschaft in Westdeutschland. Die Freigabe der Preise, die Einführung der D-Mark und das neue System eines fairen, freien Wettbewerbs sorgten für einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieg der alten Bundesrepublik. Erhards Versprechen, Wohlstand für alle, wurde für breite Schichten wahr. Zum 60. Jubiläum der Sozialen Marktwirtschaft Mitte Juni bat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zahlreiche Prominente um ihren Kommentar. Zahlreiche Prominente beteiligten sich an der Happy-Birthday-Aktion – auch zwei frühere Bundespräsidenten. Die ausführliche Gratulantenliste finden Sie im Netz: http://www.insm.de/60_Jahre_Soziale_Marktwirtschaft.html. Initiative Express veröffentlicht hier nur einige Gratulanten. Die beiden Präsidenten erscheinen als erste, alle weiteren Zitierten in der alphabetischen Reihenfolge ihrer Nachnamen.

Professor Dr. Roman Herzog, Bundespräsident a. D.: „In der dynamisierten Welt unserer Zeit gibt es keine Planungssicherheiten mehr. Hier hilft nur noch das Prinzip von Versuch und Irrtum, und dieses funktioniert umso besser, je mehr Wissenschaftler und Erfinder, je



Roman Herzog

mehr selbständige Unternehmer sich am Aufspüren und Lösen neuer Probleme und Chancen beteiligen. Sie müssen nur frei, gegenseitig unabhängig und hartnäckig sein, und je mehr es von ihnen gibt, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs. Das ist der innerste Sinn der Marktwirtschaft.“

Walter Scheel, Bundespräsident a. D.: „Ludwig Erhard war der erste bedeutende Politiker für mich, den ich habe öffentlich reden hören. Ich erinnere mich, wie ich als junger Mann mit der Bahn von Solingen nach Remscheid fuhr und nachhaltig von seiner Wahlrede beeindruckt war. Sowohl von der Person als auch von den Inhalten war ich nicht nur beeindruckt, sondern inhaltlich überzeugt. Und ich bin heute – 60 Jahre später – weiterhin von den damals entwickelten Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt.“



Walter Scheel

Patrick Adenauer, Präsident des Verbandes „Die Familienunternehmer – ASU“: „Ludwig Erhard war ein echter Revolutionär. Er hat eindrucksvoll bewiesen: Marktwirtschaftliche Freiheit schafft Wohlstand für alle. Heute ist dieses Ideal von Sozialer Marktwirtschaft in Gefahr. Ein Übermaß an staatlicher Regulierung bedroht die wirtschaftliche Freiheit – und mit ihr die soziale Sicherheit.“

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf (CDU), Ministerpräsident a. D. des Freistaates Sachsen: „Was mir zu 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft als Erstes einfällt, ist die Entscheidung Ludwig Er-



Das Statement von Professor Kurt Biedenkopf kann auch als Web-Video angesehen werden.

hards, im Sommer 1948 die Bewirtschaftung aufzuheben. Es war für die Bevölkerung damals fast ein Schock, dass eine lange Zeit der Bewirtschaftung zu Ende gehen sollte. Diese Entscheidung wurde auch sehr bekämpft, bis deutlich wurde, wie richtig sie war. ... Das Zweite, was mir zu Ludwig Erhard einfällt, ist seine erfolgreiche Bemühung, zusammen mit anderen die Marktwirtschaft mit einer Wertordnung zu verbinden. Diese Wertordnung kommt auch in dem Begriff Soziale Marktwirtschaft zum Ausdruck. Es war kein ungebundener Liberalismus, sondern es war eine wertgebundene Marktwirtschaft.“ >

INITIATIVE EXPRESS

Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall: „Soziale Marktwirtschaft heißt für mich, dass jeder die Chance erhält, sich wirtschaftlich frei zu entfalten und die Früchte seiner Anstrengungen zu ernten. Nur wenn Leistung sich lohnt, können wir den Wohlstand erwirtschaften, der Grundlage für jeden sozialen Ausgleich ist. Beeindruckt hat mich der Mut, mit dem Erhard gegen heftigsten Widerstand auch aus den eigenen Reihen die staatliche Bewirtschaftung aufgehoben und Preise und Löhne dem freien Spiel der Marktkräfte überantwortet hat.“

Wolf von Lojewski, Fernseh-Journalist und Buchautor: „Heute wird in der Politik leider mehr geredet als getan. Er hat es einfach gemacht und es hat geklappt. Ich erinnere mich, dass am 19. Juni 1948 die Schaufenster der Geschäfte leer waren, und am Tag darauf war alles da. Wo es herkam, weiß ich bis heute nicht. Es war eben ein Wunder.“

Rosi Mittermaier-Neureuther, Ski-Olympiasiegerin und -weltmeisterin: „Mit Sozialer Marktwirtschaft verbinde ich den Wiederaufstieg Deutschlands und mit Ludwig Erhard den richtigen Mann an der richtigen Stelle, zur richtigen Zeit.“

Günther Oettinger (CDU, MdB), Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg: „Baden-Württemberg zählt zu den stärksten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorten Europas. Als Ministerpräsident sehe ich die zentrale Aufgabe der Politik darin, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen und Hindernisse abzubauen, die der Entstehung neuer Arbeitsplätze entgegenstehen. Die Gebote der Sozialen Marktwirtschaft und ihres ‚Erfinders‘ Ludwig Erhard sind dabei eine klare Richtschnur und wertvoller Maßstab zugleich.“



Christine Scheel, Bündnis 90/Die Grünen

Christine Scheel, MdB, stv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Ludwig Erhard hat zu seiner Zeit mit dem Entwurf der Sozialen Marktwirtschaft das Richtige beschrieben, um aus einer Verbindung von Ökonomie und Sozialem die Grundlage für ein wettbewerbsfähiges Land zu schaffen. Im Rahmen der Globalisierung spielt der internationale Wettbewerb und die ökologische Dimension eine stärkere Rolle als zu Zeiten Ludwig Erhards. Daher

ist es wichtig, seine Idee der Sozialen Marktwirtschaft mit der Verbindung aus Ökonomie und Sozialem um die Komponente der Ökologie zu ergänzen und weiter zu entwickeln.“

Günter Verheugen (SPD), Vizepräsident der EU-Kommission, Kommissar für Unternehmen und Industrie: „Von allen Wirtschaftssystemen, die ich kenne, ist die Soziale Marktwirtschaft das am besten geeignete System, eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit gesellschaftlicher Freiheit und sozialer Verantwortung zu verbinden. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur die effektivste aller Wirtschaftsformen, sie ist auch die humanste aller Wirtschaftsformen. Und darum ist das europäische Modell von Wirtschaft, das wir haben, völlig identisch mit dem deutschen Modell einer Sozialen Marktwirtschaft.“

Professor Dr. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank: „Wie Erhard wünsche ich mir, dass Zivilcourage als Wert in unserer Gesellschaft verstanden wird und damit die Basis für Selbstvertrauen etabliert wird. Nur dann hat Marktwirtschaft eine Chance und Wohlstand für alle kann entstehen.“

INSM-Fahrtkostenranking:

Wie teuer der Weg zu Arbeit wirklich ist – 100 Städte im wissenschaftlichen Vergleich

Köln. – Was kostet der Weg zur Arbeit? Das ermittelt eine aktuelle Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Im Auftrag der INSM hat die IW Consult die tatsächlichen Kosten für das Pendeln in den 100 größten Städten Deutschlands ermittelt. Berufspendler müssen danach jährlich 1.900 Euro ausgeben, um mit einem Mittelklasseauto der Golf-Klasse zur Arbeit zu kommen.

Die Fahrtkosten schwanken je nach Region und Stadt sehr stark. Am billigsten ist der Weg zur Arbeit mit durchschnittlich 1.395 Euro im Jahr in Ludwigshafen. Am teuersten ist er in Velbert mit 2.705 Euro. >



Webseite zum Fahrtkostenranking der INSM.

INITIATIVE EXPRESS

Die Studie zeigt: Die Menschen müssen für ihre berufliche Mobilität erhebliche finanzielle Belastungen in Kauf nehmen. Der Weg zur Arbeit kostet jährlich im Schnitt nahezu das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen eines Arbeitnehmers. Fast ein Drittel dieser Kosten verursacht der Staat über Steuern und Abgaben – vor allem durch die sehr hohe Steuerbelastung von Treibstoff und auch durch die Anfang 2007 nochmals erhöhte Mehrwertsteuer.

Zahlreiche Medien berichteten über das INSM-Fahrtkostenranking. Unter anderem die Frankfurter Allgemeine Zeitung. „Der Weg zur Arbeit ist teuer“, kommentierte die FAZ das Ergebnis. Im Schnitt kostete der Weg zur Arbeit nahezu das durchschnittliche Monatsbruttoeinkommen eines Arbeitnehmers.

Unterdessen hat das INSM-Fahrtkostenranking nach einem Bericht der *Sächsischen Zeitung* in Sachsen zu Konsequenzen im Sinne der Berufspendler geführt. „Auf einer Internetseite können Tagespendler Gleichgesinnte für den Arbeitsweg finden“, so der Artikel. Das Fahrtkostenranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hatte durchschnittliche Kosten von 2.200 Euro pro Jahr ergeben, die sächsischen Berufspendlern entstehen. „Ab dieser Woche“, so die Sächsische Zeitung weiter, „können Pendler auf einer neuen Internetseite Mitfahrgelegenheiten für die tägliche Fahrt zur Arbeit suchen oder anbieten.“ Die Adresse der Website: www.sachsen.pendlernetz.de. Betreiber der Plattform ist die Sächsische Energieagentur (Saena). Sie arbeitet im Auftrag des Freistaates Sachsen an Konzepten, um den Energieverbrauch zu reduzieren.

Fahrtkostenprofile aller 100 untersuchten Städte finden Sie im Internet unter www.insm-fahrtkostenranking.de.

INSM-Studie des IfG München:

Gesundheitsfonds lässt Kassenbeiträge steigen

München/Köln. – „Jetzt haben wir es schwarz auf weiß“, schrieb am 24. Juli die *BILD-Zeitung* unter Berufung auf eine „Regierungs-Analyse“ zur Beitragssatzentwicklung nach Einführung des Gesundheitsfonds im kommenden Jahr. „Selbst in Regierungskreisen gehe man davon aus, dass wir im kommenden Jahr mindestens 15,5 Prozent unseres Gehalts für Krankenversicherung ausgeben

**Jetzt amtlich!
Krankenkasse
deutlich teurer**

Berlin – Jetzt haben wir es Schwarz auf Weiß! Selbst in Regierungskreisen geht man davon aus, dass wir kommenden Jahr mindestens 15,5 Prozent unseres Gehalts für Krankenversicherung ausgeben müssen! Das sei „realistisch“, heißt es in einer Regie-

Bericht der BILD-Zeitung vom 24. Juli: Die Beitragssätze werden dramatisch steigen.

müssen“, schreibt das Blatt weiter. Solche Zahlen würden eine INSM-Studie des Münchener Instituts für Gesundheitsforschung (IfG) bestätigen, die die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) Anfang des Jahres veröffentlicht hat. Die Expertise des renommierten Wissenschaftlers Professor Günter Neubauer, der selbst einmal das Bundesgesundheitsministerium beraten hatte, war zu dem Schluss gekommen, dass ab 2009 deutliche Beitragssatzsteigerungen bis zu einer Höhe von 15,5 Prozent kommen und bis zu 712 Euro mehr Jahresbeitrag zur Krankenversicherung fällig sein werden. Als Ursache hatte der Wissenschaftler neben gestiegenen Ärzte- und Krankenhausentgelten falsche Anreize durch den Gesundheitsfonds benannt. Die INSM-Studie hatte damals eine heftige Debatte ausgelöst, in die am Ende sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel eingreifen musste.



Bericht der BILD-Zeitung nach Erscheinen der Studie im Januar.

Heftigen Dementis des Bundesgesundheitsministeriums folgten damals bestätigende Stimmen aus Fachkreisen. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sprach von „Horror Meldungen“. Repräsentanten der Krankenkassen und andere Experten wie Professor Eberhard Wille, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung des Gesundheitswesens, bezeichneten die IfG-Prognose im Auftrag der INSM als „in der Tendenz richtig“.

Die Debatte um die INSM-Studie beherrschte die Schlagzeilen und Kommentarspalten. Beispiel *Nürnberger Nachrichten*: „Ein Monster steht vor der Tür, doch das hat bislang kaum jemanden gekümmert: Am 1. Januar 2009 wird der Gesundheitsfonds eingeführt, und er wird unser Gesundheitssystem gründlich umkrepeln. Das war den meisten Versicherten bisher herzlich egal, 2009 klang nach ferner Zukunft. Doch die Meldung, dass an diesem Stichtag der Kassenbeitrag auf das Rekordniveau von 15,5 Prozent steigen könnte, sollte auch den letzten Träumer aufgeweckt haben.“

Auch prominente Koalitions-Politiker nahmen die INSM-Studie zum Anlass, um den Gesundheitsfonds öffentlich in Frage zu stellen. „Solange die Auswirkungen des Gesundheitsfonds nicht im Detail geklärt sind, steht die Verschiebung im Raum“, sagte die bayerische Sozialministerin Christa Stewens der Zeitung >



Bayerns Sozialministerin Christa Stewens

INITIATIVE EXPRESS

DIE WELT. Auch Unions- Gesundheitsexperte Wolfgang Zöller (CSU) schloss eine Verschiebung Anfang des Jahres nicht aus.

Die FDP brachte einen Antrag zum Stopp des Gesundheitsfonds in den Bundestag ein. Für die Versicherten sei „ein rechtzeitiges Ende des Gesundheitsfonds mit Schrecken allemal besser als ein unabsehbar teurer Schrecken ohne Ende“, argumentierten die Liberalen.

Die Debatte nahm ein derartiges Ausmaß an, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Rettungseinsatz für den Gesundheitsfonds gezwungen sah. Im Bundeskabinett machte sie nach Mitteilung von Vizeregierungssprecher Thomas Steg unmissverständlich klar, dass der Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 kommen werde. Das Kanzlerinnen-Basta sei, so Steg, „unmissverständlich“ gewesen.

Nun ist die künftige Beitragssatzhöhe erneut in der Diskussion. Der **BILD-Bericht** vom Juli des Jahres löste ein Agentur-Echo aus und bestätigt die Zahlen, die Professor Neubauer Anfang des Jahres vorgelegt hatte. Erneut, wenn auch deutlich zurückhaltender, beschwichtigte das Bundesgesundheitsministerium: Ein einheitlicher Beitragssatz von bis zu 15,8 Prozent sei „deutlich zu hoch gegriffen“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Marion Caspers-Merk (SPD) Agenturberichten zufolge. Derzeit liegt der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung im Schnitt bei 14,9 Prozent.



Kongress der „Gesundheitsnetzwerker“ in Berlin: Auf dem Podium diskutierten der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft Dr. Rudolf Kösters, DAK-Vorstandsvorsitzender Professor Herbert Rebscher, Ärztekammer-Vizepräsident Dr. Frank Ulrich Montgomery sowie INSM-Geschäftsführer Höfer.

Zum Berliner Kongress der „Gesundheitsnetzwerker“ im März des Jahres präsentierte die INSM eine emnid-Umfrage. Danach halten bereits jetzt 53,5 Prozent der gesetzlichen Krankenversicherten den Beitragssatz ihrer Krankenkasse für nicht angemessen. Besonders unzufrieden mit der Höhe ihrer Kassenbeiträge sind nach dieser Studie Versicherte, die über 2500 Euro im Monat verdienen. 46 Prozent dieser Einkommensgruppe meinen zudem, das Verhältnis zwischen Solidarprinzip und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung sei gestört.

Die Bundesregierung will den einheitlichen Beitragssatz zum Gesundheitsfonds bis zum November festlegen.

Mehr zum Thema Gesundheit finden Sie hier: <http://www.insm.de/Soziales/Gesundheit.html>

INSM-Studie des IfG zum Gesundheitsfonds:

Fachleute und Medien: „Der Trend stimmt“

München/Köln. – Zahlreiche Experten bestätigten im Januar das Ergebnis der von der INSM vorgelegten Studie zur Entwicklung der Beitragssätze durch den Gesundheitsfonds. Debatte und Stimmen im Spiegel der Medienberichterstattung:

Die **Süddeutsche Zeitung** zitierte den Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung des Gesundheitswesens, Eberhard Wille, mit dem Satz: „Die Prognose ist in der Tendenz richtig.“



Bericht der Süddeutschen Zeitung über die INSM-Studie

Ein Kommentator das **Quickborner Tageblattes** hielt damals die „Beschwichtigungen aus dem Gesundheitsministerium“ für „un glaublich“. Weiter schrieb er: „Elke Ferner, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, spricht die Erwartung vieler Gesundheitspolitiker offen aus. Im Gegensatz zur eigenen Ministerin Ulla Schmidt erwartet Ferner von der Einführung des Gesundheitsfonds ab 2009 höhere Kassenbeiträge. Grund dafür sind vor allem Preissteigerungen durch die Reform der Arzthonorare, zusätzliche Kassenleistungen und ein Kostenschub bei den Krankenhäusern.“

Die **Berliner Morgenpost** wies darauf hin, dass „die Krankenkassen selbst einen Beitragsschub“ erwarten. So habe die Barmer Ersatzkasse bereits im Dezember eine Erhöhung auf 15,5 Prozent vorausgesehen. Das Blatt zitierte auch eine Sprecherin der Techniker Krankenkasse mit folgendem Satz: „Es ist realistisch, dass der Beitrag 2009 bei mindestens 15,0 Prozent liegt.“

INITIATIVE EXPRESS

Die **Kölnische Rundschau** schrieb: „Die Barmer Ersatzkasse hatte im letzten Dezember 15,5 Prozent vorausgesagt. Der BKK-Bundesverband hält die neuen Zahlen ‚nicht für aus der Luft gegriffen‘.“

Die **Dresdner Neuesten Nachrichten** zitierten den FDP-Gesundheitsexperten Daniel Bahr mit dem Satz: „Die schwarz-rote Gesundheitsreform 2007 kommt die Bürger teuer zu stehen.“ Weiter erklärte Bahr dem Blatt zufolge: „Schuld an dem Anstieg ist der von der Koalition geplante Gesundheitsfonds, der eine neue bürokratische Geldumverteilungsbehörde ist.“

Die **Nordwest-Zeitung** schrieb: „Auch Norbert Klusen, Vorstandsvorsitzender der Techniker-Krankenkasse, rechnet 2009 mindestens mit einer 15 vor dem Komma. ‚Sinkende Gesundheitskosten sind eine Lebenslüge mancher Politiker‘, sagte er gegenüber dieser Zeitung. Den Vorwurf, die Kassen schöpften die Möglichkeiten zur Kostensenkung nicht aus, bezeichnete er als ‚Unsinn‘. Die Kaufmännische Krankenkasse KKH in Hannover forderte eine Verschiebung des Gesundheitsfonds.“

„Höhere Sätze sind durchaus möglich“, schrieb die **Rheinische Post** unter Berufung auf die AOK Rheinland.

Wie ein Fazit aus alledem wirkte ein Kommentar der **Frankfurter Rundschau** zur INSM-Studie: „Eine Woche ist das Jahr alt, und schon hat die große Koalition eine Debatte am Hals, die sie so bald nicht mehr loswerden dürfte.“

Mehr zu dieser Expertise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) finden Sie hier.

http://www.insm.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Gutachten_Institut_fuer_Gesundheitsoekonomik_2008.pdf

SPIEGEL zitiert Unicheck-Studie

„Lob für Muster-Unis“

Hamburg/Köln. – In seiner Ausgabe vom 21. April zitiert das Nachrichtenmagazin **DER SPIEGEL** eine Studie von Professor Andreas Hoffjan. Der Dortmunder Controlling-Professor hatte im Auftrag der INSM und des Studentenportals Unicheck.de die Verwendung der Studienbeiträge durchleuchtet. Spiegel-Zitat: „Fachhochschulen und Universitäten gehen bei der Verwendung von Studiengebühren sehr unterschiedlich vor. Das legen die ersten Ergebnisse einer Untersuchung zum Einsatz von Studienbeiträgen nahe, die an der Technischen Universität Dortmund erstellt wird.“

Hoffjan lobte dem **SPIEGEL** zufolge mehrere Hochschulen „für beispielhaften Umgang mit dem Studentengeld, darunter die Technische Universität (TU) München sowie die Fachhochschulen Osnabrück und Offenburg“. So gebe es an der TU München mit den Studenten abgestimmte Strategiepläne für jeden Fachbereich.



Ausschnitt des SPIEGEL-Artikels über die Hoffjan-Studie im Auftrag der INSM.

INSM im Netz 1:

Starmoderatorin Barbara Eligmann erklärt in Internet-Videos die Soziale Marktwirtschaft

Köln. – Auf www.insm-lexikon.de findet sich ein neues Video-Wirtschaftslexikon. Es wird moderiert von der Starmoderatorin Barbara Eligmann. In allgemein verständlicher Form erläutert sie hier aktuelle Begriffe aus der wirtschaftspolitischen Debatte. Es sind Fakten zum Mitreden – zum Beispiel über die Ursachen der Inflation, die Deutschland aktuell erfasst hat, oder auch den Ölpreis, der in den letzten Monaten gestiegen ist wie kaum je zuvor. Im Auftrag der INSM vermittelt Barbara Eligmann auch Hintergrundwissen über die steigenden Lebensmittelpreise und die Bankenkrise. Weitere Videos werden folgen.




Fernseh-bekannt: Starmoderatorin Barbara Eligmann.



Starmoderatorin Barbara Eligmann erklärt allgemeinverständlich Begriffe aus der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte. Zu finden sind ihre Beiträge auf einer eigenen Übersichtsseite im INSM-Wirtschaftslexikon: <http://www.insm-lexikon.de/exklusiv-tv-moderatorin-barbara-eligmann-erklart-wirtschaft.html>

INSM im Netz 2:

Somawi-ist-toll.de – junge Soziale Marktwirtschaft

Köln. – www.somawi-ist-toll.de – die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat dieses Portal geschaffen, weil sie junge Menschen für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung gewinnen will. Die Webseite stellt aktive junge Leute vor, die ihr Schicksal in die 

INITIATIVE EXPRESS

Hand nehmen. Zum Beispiel die angehende Modedesignerin Melissa Lee, den Musiker Maliq, den Sternekoch Marco Müller und Andreas Unterberg, der seinen Traumberuf Pilot anstrebt. Auch die Friseurin Ellen Kästner, eine der Protagonistinnen der Einstiegs-Kampagne der INSM, macht mit bei der neuen INSM-Internet-Plattform. Alle diese Beispiele transportieren eine Botschaft: „Soziale Marktwirtschaft ist toll!“ Die Soziale Marktwirtschaft gibt jedem die Chance, aus eigener Kraft seine Ideen und Ziele in Freiheit und eigenverantwortlich umzusetzen. Sie bietet gerade auch jungen Menschen die meisten Wahlmöglichkeiten für ihre Lebensplanung. www.somawi-ist-toll.de ermöglicht es jungen Menschen mit unterschiedlichen Ideen und Fähigkeiten, Netzwerke aufzubauen und die passenden Partner für ein gemeinsames Projekt zu finden – mit denen man im Idealfall zusammenarbeitet. Sie können ihr eigenes Profil einstellen, Kontakt zu anderen Usern aufnehmen oder von ihnen gefunden werden.



Das Foto zeigt junge Menschen, die sich mit ihren marktwirtschaftlichen Plänen auf [somawi-ist-toll.de](http://www.somawi-ist-toll.de) präsentieren.

Zum Start der Internetseite hat die INSM einen Wettbewerb auslobt. Jeder mit einer guten Projektidee kann sein Konzept einreichen und eine Startfinanzierung in Höhe von 5.000 Euro gewinnen, wobei sich nicht nur Existenzgründer angesprochen fühlen sollen.

Hier geht es zur neuen INSM-Webseite: www.somawi-ist-toll.de.

INSM im Netz 3:

News von und über das Studentenportal Unicheck.de

Köln. – Auf dem Studentenportal www.unicheck.de können Studenten ihre Hochschulen online bewerten. Unicheck selbst flankiert diesen Bewertungsprozess immer wieder mit eigenen Tests und Studien. So wurde vor einiger Zeit die Servicefreundlichkeit der Uni-Sekretariate getestet. Der im April durchgeführte Test lief folgendermaßen ab: Der Deggendorfer Gymnasiast Markus Nagler mailte 50 Immatrikulations-Ämter an und fragte beispielsweise nach Adressen,

50 Studienbüros im Unicheck-Test

Gewicht in der Gesamtwertung:		25%	25%	25%	25%
Rang	Name der Hochschule	Wie schnell wann wurde auf die Mail reagiert? *	Wie viele von sechs Fragen wurden beantwortet? **	Wie viele Stunden pro Woche geöffnet?	Wie gut wird online informiert? ***
1	Georg-August-Universität Göttingen	sofort	5	30	2
2	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	sofort	4	17,5	2
3	Universität Rostock	sofort	6	12	2
4	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	4 Tage	6	33	2
5	Technische Fachhochschule Wildau	sofort	3	14	2
6	Universität Bremen	sofort	2	11	2
7	Universität Hamburg	sofort	2	16	1
8	Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft	sofort	5	16	0

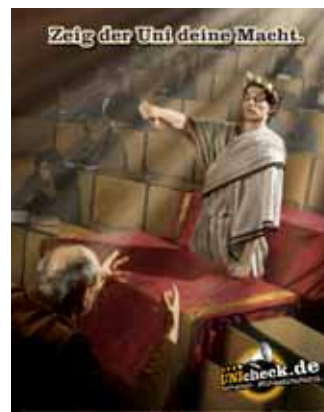
Unicheck-Test: Die Top Ten der Servicefreundlichkeit unter den deutschen Hochschulen.

über die er sich ein Wohnzimmer beschaffen könne. Resultat: Bereits nach wenigen Stunden hatte die Hälfte aller Büros geantwortet. Nur zwei reagierten gar nicht. Unterschiedlich fiel im Testfeld auch die Zahl der Antworten aus. Nur fünf Hochschulen beantworteten alle sechs Testfragen. Die anderen ließen Fragen aus, kopierten stattdessen allgemeine Informationstexte in die Mail. Und wie sieht es mit den Öffnungszeiten aus? Online waren Öffnungszeiten zwischen 6 und 33 Stunden pro Woche zu ermitteln.


Sieger im Unicheck-Servicefreundlichkeits-Test ist die Georg-August-Universität Göttingen vor der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Rostock. Am Tabellenschluss finden sich die Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, die Hochschule Konstanz und die Humboldt-Universität zu Berlin.

Am 11. Juni berichtete die **Financial Times Deutschland** über eine weitere Studie des Studentenportals. Dieses Mal wurde ermittelt, wie hoch die Verwaltungskosten im Schnitt sind, die an den Universitäten für die Bearbeitung eines Bafög-Antrages anfallen. Diese liegen im Schnitt bei 220 Euro pro Jahr. Allerdings gibt es große Unterschiede. Unter Berufung auf die Unicheck-Studie schrieb die FTD weiter: „Beim Bearbeiten der Anträge für die staatliche Ausbildungsförderung

Bafög wirtschaften die Studentenwerke unterschiedlich effizient. So belaufen sich die Verwaltungskosten des Bafög-Amtes an der Uni Frankfurt auf 330 Euro pro Student und Jahr, dort bewältigt ein Sachbearbeiter jährlich 500 Anträge. In Köln sind es 700 Anträge, die Kosten liegen bei 155 Euro.“



Preisgekröntes Anzeigenmotiv des Studentenportals Unicheck.de – die Botschaft: Studenten, die ihre Unis bewerten können, haben die Macht, Verbesserungen durchzusetzen.

Im Mai gab das **Campus-Magazin Unicum** bekannt: 33.347 Leser der Studentenzeitschrift UNICUM haben ein Anzeigen- 

INITIATIVE EXPRESS

motiv des INSM-Studentenportals www.unicheck.de zur Anzeige des Jahres gewählt.



Web-Video von [Unicheck.de](http://unicheck.de) auf dem Portal von [Job TV 24](http://jobTV24.de).

Die eigene Hochschule bewerten – aber wie? Seit einiger Zeit findet sich im Internet ein Video, das wie eine Art Gebrauchsanleitung zur Nutzung von Unicheck funktioniert und das Portal im Schnelldurchlauf unterhaltsam vorstellt. Zu finden ist dieses Video unter anderem hier:

<http://www.jobtv24.de/index.php?ct=325&vid=12285>

Zum INSM-Studienportal Unicheck geht es hier: www.unicheck.de.

INSM im Netz 4:

Der „Pflegerenditor“: Raffelhüschen neue Internet-Rechenmaschine

Freiburg/Berlin. – Bei einer Pressekonferenz des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) Ende Januar in Berlin stellte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer einen neuartigen Internetrechner zur Pflegeversicherung vor. Mit diesem Pflegerenditor kann jeder Bürger seine individuelle Rendite, seine Deckungslücke und die erforderliche Zusatzprämie ermitteln, um Pflegerisiken im Alter wirksam abzudecken. Die Datenbasis für dieses neue Web-Tool hat der Freiburger Generationenforscher Professor Bernd Raffelhüschen ermittelt.



Pressekonferenz zum Pflegerenditor: Von links Bernd Katzenstein vom Deutschen Institut für Altersvorsorge, INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer, Professor Bernd Raffelhüschen und Jasmin Häcker von der Universität Freiburg.

„Um zu verhindern, dass junge sowie zukünftige Jahrgänge für gleiche reale Pflegeleistungen deutlich höhere Beiträge zu bezahlen haben, ist eine umfassende Reform unausweichlich“, sagte Raffelhüschen bei der Pressekonferenz. Er fordert einen schrittweisen Systemwechsel in der Pflegeversicherung. Eine Möglichkeit sei, den Beitrags-



Eingabemaske des Pflegerenditors. Wenige Klicks schaffen Klarheit darüber, wie hoch die Rendite der Gesetzlichen Pflegeversicherung ausfällt, wie hoch die Deckungslücke für das persönliche Pflegerisiko ist und welche private zusätzliche Vorsorge getroffen werden sollte, um Pflegerisiken im Alter nachhaltig abzusichern.

satz zur Pflegeversicherung bei 1,7 Prozent einzufrieren. Die entstehende Versorgungslücke könne dann sukzessive durch private Vorsorge geschlossen werden. Die solchermaßen eingefrorene Gesetzliche Pflegeversicherung werde in Zukunft nur noch den Charakter einer Grundsicherung haben.

Im Netz ist der Pflegerenditor hier zu finden:

<http://www.insm.de/Datenpool/Flash/INSM-Pflegerenditor.html>.

INSM-Publikationen 1:

Neue Broschüre „Unternehmer in Deutschland“

Köln. – „Unternehmer in Deutschland: Was sie antreibt, was sie leisten – und was die Deutschen über sie denken“. Das ist der Titel einer aktuellen Broschüre, die soeben erschienen ist. Die Broschüre klärt über die Hintergründe des in Deutschland vielfach weniger guten Unternehmersbildes auf, berichtet über die fatalen Folgen >



Titel und Innenseite der neuen Unternehmerbroschüre der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

INITIATIVE EXPRESS

für den Gründermut in Deutschland und rückt manches Missverständnis zurecht. Was treibt Unternehmer an? Warum entscheiden sie sich nicht für einen vermeintlich sicheren Job als Angestellte oder Arbeiter, sondern für ein Leben, in dem sie vieles erreichen und bewegen können – oder auch alles verlieren?

ISBN-13: 978-3602148080

Mehr zur Broschüre finden Sie hier:

http://www.amazon.de/Unternehmer-Deutschland-antreibt-leisten-Deutschen/dp/3602148084/ref=sr_1_4?ie=UTF8&ts=books&qid=1216395304&sr=8-4

INSM-Publikationen 2:

Deutschlands wahre Superstars im Spiegel der Presse

Köln. – „Deutschlands wahre Superstars“ – dieses Buch der INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) stellt 50 junge Wissenschaftler und ihre Ideen für eine bessere Zukunft vor. Der Sammelband hat Schlagzeilen quer durch die Presselandschaft gemacht.

„Um die Forschung in Deutschland sei es schlecht bestellt, sagen Kritiker ... Dass es unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs dennoch eine ganze Reihe kluger Köpfe gibt, verdeutlicht ein von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) veröffentlichtes Buch“, schrieb die Nachrichtenagentur **dpa/fwt**.

„Forschung für die Welt von morgen“, titelte die **Passauer Neue Presse**. Fazit des Rezensenten: „Diese Porträts zu lesen, ist ebenso interessant wie die Auseinandersetzung mit den Ideen der akademischen Superstars.“

Der **Bayernkurier** stellte ein Hightech-Klapprad vor, das der junge Ingenieur Maximilian Müller (TU München) entwickelt hat. Er wollte ein Klapprad für den Stadtverkehr kaufen, doch keines der handelsüblichen Exemplare sagte ihm zu. Also machte er sich selbst ans Entwickeln und schaffte es, ein nur 9,5 Kilogramm schweres Vehikel mit dem Namen „Klara“ zu bauen. Das Rad ist nicht nur extrem stabil, sondern auch sekundenschnell auf- und abzubauen.

„Jung bleiben beim Älterwerden.“ Unter dieser Überschrift beschäftigte sich die **Schweriner Volkszeitung** mit der Rostocker Doktorandin Uta Ziegler. Sie arbeitet an neuen Wegen in der Demenzforschung.



Buchtitel von „Deutschlands wahre Superstars“.

Die **Heilbronner Stimme** meinte in Anspielung auf das Teenager-Casting eines Privatsenders: „Das Buch zeigt: Deutschlands Zukunft liegt in den Köpfen der jungen Menschen. Die kreativen Wissenschaftler verdienen mehr Aufmerksamkeit als die belanglosen Dieter-Bohlen-Kopien.“

In die gleiche Richtung geht ein Artikel der **Lausitzer Rundschau** über das INSM-Buch. Zitat: „Superstars – bei diesem Begriff kommt einem unweigerlich Dieter Bohlen's Casting Show in den Sinn. Doch dieses Buch handelt von den wahren Superstars, die mit richtig viel Grips im Hirn etwas bewegen wollen.“ „Ein interessantes Buch“, fand der Rezensent, „das ins Reich der Wissenschaft entführt und Mut macht für den Wissenschaftsstandort Deutschland.“

„Ein Buch zum Schmökern und zum Lernen – über Forscher, von denen wir noch hören werden“, fand die **Hannoversche Allgemeine Zeitung**.

„Philosophen, Juristen, Neurowissenschaftler oder Stammzellenforscher zeigen, wie lebensnah und spannend Forschung ist, und beschreiben, wie sie die Zukunft mit ihrer Arbeit positiv gestalten wollen“, gibt das **abi-Magazin** einen Einblick in die Themenvielfalt von „Deutschlands wahre Superstars“.

Die **Nordsee-Zeitung** widmete sich ausführlich der jüngsten Autorin des Sammelbandes – der 17-jährigen Schülerin Raphaela Burmeister: „Ihre Gedanken über Klimawandel und Wasser haben Aufsehen erregt. Anfang 2007 hat sie beim Essay-Wettbewerb ‚Die Welt >

INITIATIVE EXPRESS

der Zukunft‘ den ersten Platz belegt. Dadurch wurde auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) auf sie aufmerksam. Raphaela wurde gefragt, ob sie nicht einen Beitrag liefert für das Buch ‚Deutschlands wahre Superstars‘. (...) ‚Ein bisschen stolz bin ich schon‘, gesteht sie. ‚Es spornt mich an, mich noch mehr mit dem Thema zu beschäftigen‘. (...) Raphaela ist überzeugt: ‚Wir können noch etwas ändern.‘ Zwar könne man den Klimawandel nicht mehr stoppen. ‚Aber man kann die Folgen vermindern‘.“

Das Buch können Sie hier bestellen: <http://www.wahre-superstars.de>

INSM-Personalie 1:

Handballweltmeister Heiner Brand über sein Engagement für die INSM



Hatte sich zur Handball-WM für eine Anzeige der INSM zur Verfügung gestellt: Handball-Nationaltrainer Heiner Brand.

je. Das Schlagwort der Sozialen Marktwirtschaft wird ja in der Öffentlichkeit immer gebraucht. Oft fehlt aber entweder die Marktwirtschaft oder die soziale Komponente. Das stört mich.“

Köln/Gummersbach. – In einem Interview des **Handelsblattes** erklärte Handballweltmeister Heiner Brand, warum er sich für eine Anzeige der INSM zur Verfügung gestellt hatte.

„Ich habe mich informiert über das, was dahinter steckt, die Philosophie Ludwig Erhards. Marktwirtschaft auf der einen Seite, aber eben auch die soziale Komponente. Das spricht mich schon an. Da konnte ich was machen, wo ich dahinter stehe. Und das Thema ist aktueller denn

Hier finden Sie die Anzeige mit Heiner Brand.

http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv/_Erfolg_braucht_einen_Masterplan/_Erfolg_braucht_einen_Masterplan_.html

INSM-Personalie 2:

Projekt des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Lothar Späth ist „Pate“ Schule

Walddorfhäslach. – INSM-Botschafter Professor Lothar Späth besuchte am 3. März die Gustav-Werner-Schule in Walddorfhäslach (Baden-Württemberg), eine Grund- und Hauptschule. Auf Einla-



In Walddorfhäslach führte Professor Lothar Späth mit Schülern und Lehrern intensive Gespräche.

derung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und das Magazins „Focus Schule“ hatte der frühere baden-württembergische Ministerpräsident eine Patenschaft über die Schule übernommen. „Investitionen in Bildung muss es in allen Ausbildungswegen und über alle Schultypen hinweg geben. Junge Menschen aller Schularten angefangen bei den Hauptschulen können es in jede qualifizierte Ausbildung schaffen. Da spreche ich aus eigener Erfahrung“, erklärte Späth vor Lehrern und Schülern. Späths Patenschaft für die Grund- und Hauptschule dauerte ein Jahr. Er hat die Walddorfhäslacher Schüler unterdessen noch zwei Mal besucht. Auf dem Programm standen eine Unterrichtsstunde, die Späth als „Lehrer“ bestritt, und ein Praktikumsbesuch mit Schülern in Betrieben.

INSM-Personalie 3:

INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer bei Symposium des Deutschen Historischen Museums

Berlin. – Gemeinsam mit den Professoren Thomas Welskopp, Universität Bielefeld, und Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin, nahm INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer am 26. Juni an einem Symposium im Berliner Zeughaus, Unter den Linden, teil. Thema der vom Deutschen Historischen Museum durchgeführten Veranstaltung: „Soziale Gerechtigkeit und Unternehmergeist.“ Höfer beleuchtete in seinem Vortrag das Thema „Soziale Gerechtigkeit und Soziale Marktwirtschaft“. Zitate:

„Die Soziale Marktwirtschaft erlebt derzeit eine Legitimationskrise. Die Zustimmung ist gesunken verglichen mit dem Nimbus, den das westdeutsche Wirtschaftsmodell etwa noch 1990 bei der Wiedervereinigung besonders bei den Ostdeutschen genoss.“ >

INITIATIVE EXPRESS



Referierte bei einem Symposium im Deutschen Historischen Museum Berlin über die Soziale Marktwirtschaft: INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

„Wohlstand für alle“, eingelöst habe. Schon damals sei der Ruf nach einem „alles regelnden Staat sehr laut“ gewesen. Doch habe die zerbombte und besiegte Nachkriegsbundesrepublik den Menschen nicht viel zu bieten gehabt. Die Deutschen seien deshalb auf ihre Eigen-

Allerdings habe es immer wieder Legitimationskrisen gegeben, erklärte Höfer und verwies darauf, dass Ludwig Erhard Anfang der 50er Jahre „einer der unbeliebtesten Politiker Westdeutschlands“ gewesen sei. Zum beliebtesten Politiker sei er geworden, „weil er sein Versprechen, „Wohl-

initiative angewiesen gewesen und Erhard habe „genau diese Kräfte freigesetzt“.

„Die Bilanz der Sozialen Marktwirtschaft und Westdeutschlands konnte sich Ende der 60er Jahre, als Erhard als Kanzler zurücktrat, sehen lassen: Wachstumsraten um die 8 Prozent, Arbeitslosigkeit nahezu null, geringe Staatsverschuldung, die Zinszahlungen machten gerade mal 2 Prozent des Haushalts aus, heute sind es 15 Prozent.“

Heute seien die Deutschen „bis weit in die Mittelschichten hinein von Abstiegs- und Verlustängsten geplagt“, so Höfer. Die Soziale Marktwirtschaft müsse es „wieder schaffen herauszustellen, dass es ihr auch heute gelingt, wenn auch schwerer als früher, für die große Mehrheit Wohlstand zu schaffen“.

Mehr zur Veranstaltung finden Sie hier: <http://www.insm-tagebuch.de/2008/07/03/in-sm-geschaeftsfuehrer-max-hoefer-bei-symposium-des-deutschen-historischen-museums/>

Impressum:

Initiative Express wird herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Konzept/Redaktion:

Carsten Seim, (02 21) 49 81 403; seim@insm.de

Fotos/Repros/Grafiken: Amin Akhtar (2), Gudrun Arndt (7),

Dominik Asbach, dpa (9), Nikola (5), INSM (40)

Vertrieb: Jan Loleit

Verantwortlich:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Geschäftsführung: Max A. Höfer, Dieter Rath

Gustav-Heinemann-Ufer 84-88

50968 Köln

Telefon: (02 21) 49 81 401

Fax: (02 21) 49 81 406

E-Mail: info@insm.de

INITIATIVE EXPRESS

Initiative Express – künftig elektronisch!

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen haben den Newsletter und andere Publikationen der INSM bisher auf dem Postweg in gedruckter Form erhalten. Um Sie künftig noch schneller und auch in höherer Frequenz als bisher mit den aktuellsten Nachrichten unseres Reformnetzwerks versorgen zu können, werden wir diesen Initiative Express auf einen elektronischen Vertriebsweg umstellen. Sie bekommen diese Publikation somit als PDF per E-Mail. Der Weg dahin ist ganz einfach! Senden Sie uns dieses Formular ausgefüllt per Fax oder per Mail.

 Name

 PLZ/Ort

 Funktion

 Telefon

 Redaktion

 Fax

 Straße/Nr.

 E-Mail

Faxkontakt 0221/49 81 406

Mailkontakt: info@insm.de

**Sie können den elektronischen Newsletter auch online bestellen. Und zwar unter dem Link:
www.insm.de/Express**

Initiative zeigen für Reformen – die INSM im Internet

www.insm.de · www.insm.com · www.somawi-ist-toll.de · www.einstieg-in-arbeit.de · www.insm-gesundheit.de · www.unicheck.de
www.vision-d.de · www.wassollwerden.de · www.wirtschaftundschule.de · www.bundeslaenderranking.de · www.insm-bildungsmonitor.de
www.insm-fahrtkostenranking.de · www.insm-lexikon.de · www.insm-regionalranking.de · www.insm-suche.de · www.insm-tagebuch.de
www.erhard-schreibt-wieder.de · www.insm-kindergartenmonitor.de · www.insm-wiwo-staedteranking.de · www.insm-merkelmeter.de
www.parken.insm-regionalranking.de · www.hanstietmeyer.de · www.wahre-superstars.de · www.insm-gruenderranking.de · www.insm-gesetzescheck.de · www.deutschland-zum-selbermachen.de · www.globalisierung.insm.de

Bitte ausfüllen und unterschrieben zurück an:

**Förderverein
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

50968 Köln

Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. als

a) natürliche Person:

(Titel), Name, Vorname

Geburtsdatum Beruf

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

b) juristische Person:

Anschrift der Firma (Anstalt, Körperschaft u.a.)

Vertreten durch (Titel), Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

Die Satzung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ Euro wird überwiesen/soll abgebucht werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Gewährleistung der Vereinsarbeit vom Vorstand erhoben werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Höhe der Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. beträgt derzeit für

a) Privatpersonen/juristische Personen: 72,00 Euro pro Jahr

b) ermäßigte Privatpersonen*: 36,00 Euro pro Jahr

Es besteht die Möglichkeit, den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. über den Mindestbeitrag hinaus zu unterstützen.

Bitte informieren Sie uns über den einzuziehenden Gesamtbetrag.

Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und bis zum 31. März eines jeden Jahres an den Förderverein zu entrichten.

*Auf Antrag an den Vorstand wird für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Zivildienst- und Wehrdienstleistende der Mitgliedsbeitrag ermäßigt.

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Köln

BLZ 370 700 60

Konto-Nr.: 666 666 3

Wir sind eine verhältnismäßig kleine Institution mit begrenzten Ressourcen. Deshalb müssen wir die Verwaltung des Fördervereins so zeitsparend wie möglich organisieren. Somit wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten, Ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag per Bankeinzug abzubuchen.

Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Beitrag (jährlich)

Telefon

(Titel) Name, Vorname

Fax

Geburtsdatum

E-Mail

Beruf

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Bankleitzahl

Postleitzahl, Ort

Konto-Nr.

Ort, Datum

Unterschrift: